

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

52 (2.3.1950)

Urlaubsgesetz auf Betreiben der CDU und DVP erneut vertagt

Stuttgart. (Eig. Ber.) In der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses stand der von der kommunistischen Landtagsfraktion gestellte Initiativgesetzentwurf zur Debatte. Die Vertreter der CDU und DVP versuchten mit allen möglichen Ausflüchten um eine Entscheidung heranzukommen. Der Abg. Ersing (CDU) stellte zum Schluß den Antrag, zu dem Gesetzentwurf jetzt nicht Stellung zu nehmen, sondern die Regierung um eine Stellungnahme zu ersuchen.

Kantatenkrieger Eberhard

Stuttgart (nach dpa). Trotz der Empfehlung des Süddeutschen Rundfunkrats und des Evangelischen Landeskirchenrats, die Bach-Kantaten des Senders Leipzig zu übernehmen, weigert sich der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, der als Reaktionsär sattsam bekannte Dr. Eberhard, nach wie vor, die Kantaten vom Sender Leipzig zu übernehmen.

Damit kann der Süddeutsche Rundfunk den mehr als zweifelhaften „Ruhm“ für sich in Anspruch nehmen, als einziger westdeutscher Sender die Bach-Kantaten nicht zu übernehmen. Und das allein aus dem Grund weil sein Intendant Dr. Eberhard in seiner Verborttheit von dem deutschen Sender Leipzig — im Gegensatz zu seinem eigenen — keine Musik übernehmen will, da sie nach seiner Ansicht „staatsgefährlich“ ist.

Jugend in der Friedensfront

Stuttgart. (E. B.) Im gutbesuchten Landtagsaal beging gestern die FDJ den „Tag der kolonialen Jugend“. Die Kundgebung war von Liedern und Rezitationen umrahmt.

Lebhafte Proteste wurden laut, als der Redner Heinz Musolf, Landesvorsitzender der FDJ, bekanntgab, daß die angekündigten Redner aus Vietnam und Holland wegen des Einreiseverbots der Besatzungsmächte nicht erscheinen konnten. Er legte in seinen Ausführungen dar, daß die deutsche Jugend gemeinsam mit der Jugend der ganzen Welt in der Front des Friedens kämpfe. Von der Bonner Bundesregierung fordert die FDJ ein Gesetz, das die Anwerbung deutscher Jugendlichen für fremde Armeen und Söldnerheere verbietet. Dem Landtag wurde eine entsprechende Entschließung zugeleitet.

Wir werden morgen ausführlich über die Veranstaltung berichten.

Kein Hafen löscht Kriegsmaterial

Irrfahrt der „Seim“ und „Trum“ von Frankreich nach Belgien — Auch Antwerpens Hafenarbeiter lehnen Entladung ab — Internationale Solidarität im Friedenskampf

Amsterdam. (EB) Die beiden Schiffe „Seim“ und „Trum“, die mit Kriegsmaterial beladen sind, wurden von den Hafenarbeitern von La Pallice in Frankreich nicht entladen. In La Pallice befinden sich die Hafenarbeiter im Streik. Sie lehnten auch die Beladung der „Aury“ ab, die Waffen nach Indochina bringen sollte. Die Schiffe „Seim“ und „Trum“ wurden daraufhin von amerikanischen Reedern nach Antwerpen dirigiert. Die französischen Hafenarbeiter verständigten jedoch sofort ihre belgischen Kameraden vom Inhalt der Schiffe und Antwerpens Hafenarbeiter lehnten die Entladung ebenfalls ab.

Unverzüglich war das Aktionskomitee der Antwerpener Hafenarbeiter nach Ankunft der Nachricht aus Frankreich zusammengetreten. Einstimmig wurde die Losung ausgegeben, die auch von allen gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeitern befolgt worden ist: „Kein Hafenarbeiter betritt die Schiffe „Seim“ oder „Trum“. Die Besatzungen von fünf Schiffen, die in Antwerpen vor Anker liegen, haben sich mit den Hafenarbeitern solidarisiert und unterstützen ihren Entschluß, das Kriegsmaterial nicht zu entladen.

„Seim“ und „Trum“ werden auf der Suche nach einem anderen europäischen Hafen

Antwerpen verlassen. Es besteht die Gefahr, daß die zwei Schiffe deutsche Häfen anlaufen. Doch die deutschen Hafenarbeiter werden ihren ausländischen Kameraden beweisen, daß auch sie die internationale Solidarität der Friedenskämpfer in den europäischen Häfen hochhalten.

Frankreich vor Generalstreik

Der Kampf um Lohnerhöhung und Frieden

Paris. (EB) In Cherbourg eingetroffene Transportschiffe mit amerikanischen Waffenlieferungen wurden seit Tagen nicht entladen. Alle Vorbereitungen der Regierung,

doch zu einer Entladung der Schiffe zu kommen, haben nur die Streiks ausgeweitet und in Frankreich angesichts des umfassenden Lohnstreiks in allen Industriezweigen und Teilen des Landes die Möglichkeit des Generalstreiks geschaffen. Die Regierung steht dieser Möglichkeit machtlos gegenüber.

Es gibt keinen entscheidenden Industriezweig in Frankreich mehr, dessen Arbeiter nicht den Streik beschlossen haben. Jetzt folgten den Bergarbeitern, den Pariser Verkehrsarbeitern die der chemischen Industrie und des Versicherungsgewerbes mit Urabstimmungen für den Streik. Die Marceller Gas- und Elektrizitätsarbeiter führten gestern einen 24stündigen Warnstreik durch.

In Paris versucht die Polizei immer noch der Besetzung der Betriebe durch die streikenden Metallarbeiter dadurch zu steuern, daß sie diese selbst mit Riesenaufgebot besetzt. Bei der Zahl der mittlerweile in Streik stehenden Betriebe ein Unterfangen, bei dem der Polizei die Luft ausgeht.

Freie Bahn der friedliebenden deutschen Jugend

Max Reimanns Empfehlung an die westalliierten Besatzungsmächte

Eine Reihe westdeutscher und westberliner Zeitungen, unter anderem „Die Welt“ vom 27. 2. 1950 bringen eine Meldung, in der es heißt, daß 500 000 FDJ-Mitglieder die Absicht haben, zu Pfingsten Westberlin zu besetzen, und daß amerikanische Kreise sich damit beschäftigen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Empfehlungen hierzu sollen den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs zugeleitet werden.

Zu dieser Meldung möchte ich folgendes erklären: 1. Zu Pfingsten 1950 versammelt sich in der Hauptstadt Deutschlands, in Berlin, die deutsche Jugend, um ein machtvolles Bekenntnis zum Frieden und für die Einheit einer friedlichen, unabhängigen deutschen demokratischen Republik abzulegen.

2. Dieser Aufmarsch soll allen Völkern der Welt den Friedenswillen der deutschen Jugend beweisen und ihnen zeigen, daß die deutsche Jugend nicht bereit ist, sich von imperialistischen Kriegshetzern u. Kriegstreibern mißbrauchen zu lassen.

3. Dieser Aufmarsch ist einzig und allein eine Angelegenheit der deutschen Jugend, ist ein sichtbares Zeichen ihrer Freiwilligkeit im Kampf für den Frieden, für die Sicherung ihrer Lebensrechte und ihrer Zukunft.

4. Etwaige Gegenmaßnahmen der Regierungen Amerikas, Frankreichs und Englands gegen eine solche Friedensmanifestation der deutschen Jugend stehen im tiefsten Widerspruch zum Potsdamer Abkommen und zu den alliierten Bestimmungen über die Rechte der Besatzungsmächte, die eindeutig besagen, daß sie gebraucht werden sollen, um dem deutschen Volke zu helfen. Eine friedliche, demokratische und einheitliche Nation zu werden.

5. Es wäre die Pflicht, auch der westlichen Besatzungsmächte, entsprechend den internationalen Verträgen, der Jugend in West-

deutschland alle Freiheiten zu geben, damit sie selbst ihre Kraft für die Erhaltung des Friedens entwickeln.

6. Zu den Empfehlungen, die von den Militärgouverneuren zur Weiterleitung an ihre Regierungen ausgearbeitet werden, erlaube ich mir einige Vorschläge zu unterbreiten: a) der friedliebenden Jugend Westdeutschlands alle Erleichterungen zur Teilnahme am Deutschlandtreffen der Jugend zu gewähren, so unter anderem alle Beschränkungen beim Übertritt über die Zonen-grenze aufzuheben.

b) ihr bei der Schaffung von Reisemöglichkeiten, bei der Gestaltung von Transportmitteln und in anderer Weise beizustehen und so zur reibungslosen Organisation und Durchführung des friedlichen Treffens der deutschen Jugend beizutragen.

7. Der amerikanischen, britischen und französischen Jugend, ebenso der Jugend aller kolonial unterdrückten Völker zu gestalten, starke Delegationen nach der Hauptstadt Berlin zu schicken, damit sie sich von dem Friedenswillen und dem demokratischen Geist der deutschen Jugend überzeugen.

8. Die Verantwortung für den reibungslosen Verlauf der Friedensmanifestation der deutschen Jugend, für den einwandfreien Ablauf der gewaltigen Kultur- und Sportveranstaltungen übernimmt die deutsche Jugend selbst genau so wie es bei ähnlichen Veranstaltungen die Jugend in allen Ländern der Welt tut.

Ich zweifle nicht daran, daß, wenn die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich von diesen Vorschlägen leiten lassen, dem deutschen Volk der deutschen Jugend der Demokratie und der Sache des Friedens am besten gedient sein wird.

Max Reimann

Regierungsabotage verhindert Herabsetzung des Treibstoffpreises

Soll das Verkehrsgewerbe dem Untergang ausgeliefert bleiben?

Bonn. (EB) Die zentrale Arbeitsgemeinschaft des Verkehrsgewerbes hat sich an die Fraktionen des Bundestages mit folgendem Schreiben gewandt:

Betr. Treibstoffpreiserhöhung. Am 10. Februar hat der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien dem Kabinett empfohlen, den Treibstoffpreis auf höchstens 53 Pfennig pro Liter Benzin und 38 Pf. pro kg Diesellost festzusetzen. Trotzdem der Bundeswirtschafts- und der Bundesfinanzminister persönlich für diese Preiserabsetzung gestimmt haben, ist in den inzwischen vergangenen 14 Tagen seitens des Kabinetts nichts geschehen, um der Empfehlung des Parlaments nachzukommen.

Dagegen hat sich der Herr Bundesfinanzminister in einem langen Fernschreiben an

die Fraktionen des Bundestages, trotz seiner Stimmabgabe für die Treibstoffpreis-Herabsetzung, gewendet und erklärt, daß er nur unter Voraussetzungen der Empfehlung des Bundestages folgen könne, die einer Beibehaltung der geltenden Treibstoffpreise gleichkomme.

Obwohl jeder erwartete, daß das Bundeswirtschaftsministerium auf dem Wege der Anordnung, der ja auch für die Treibstoffpreiserhöhung gewählt wurde, die Preise auf 53 und 38 Pfennig zu senken, ist ein Gesetzesentwurf vorgelegt worden, der die Herabsetzung der Treibstoffpreise mit der Abschätzung des Zentralbüros der Mineralölabteilung zugelassenen Preisanteils koppelt. Bei der Langwierigkeit des Gesetzgebungsweges kann das Kraftverkehrsgewerbe nicht mehr damit rechnen, daß die

zur Vermeidung eines Zusammenbruches des gesamten Gewerbes notwendige Ermäßigung der Treibstoffpreise noch rechtzeitig erfolgt.

Es bleibt nur der Schluß, daß die Regierung absichtlich die Vollziehung der Empfehlung des Bundestages hinauszögert, ohne Rücksicht darauf, daß ein ganzes mittelständisches Gewerbe dieses Zögern mit dem Untergang zu bezahlen hat.

Berufs-Journalisten Mittelfrankens fordern: Niederschlagung des Prozesses

Der Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Mittelfranken im Verband der Berufsjournalisten in Bayern hat der Öffentlichkeit folgende Entschließung übergeben:

„Der Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Mittelfranken im Verband der Berufsjournalisten in Bayern schließt sich dem Protest seines Hauptvorstandes in München gegen die gerichtliche Verfolgung der Redakteure, Verleger und Drucker der „Niedersächsischen Volksstimme“, Hannover, an.“

Die vor dem britischen Militärgericht erhobene Anklage richtet sich gegen einen von dieser Zeitung am 8. November 1949 veröffentlichten Aufruf zur Verweigerung von Demontagarbeiten. Eine solche Aufforderung kann aber nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik nicht strafbar sein. Bedeutet also die gerichtliche Verfolgung des für diesen Aufruf verantwortlichen Redakteurs bereits einen Eingriff in die den Staatsbürgerlichen Freiheiten, so ist die aus dem gleichen Grunde veranlaßte Verfolgung der Drucker und Verleger gänzlich unverständlich. Würde die Haftbarmachung der Drucker und Verleger für die Artikel ihrer Redakteure eingeführt so bedeutete dies, daß die Redakteure in Zukunft nicht mehr in der Lage wären, nach ihrem eigenen Gewissen zu schreiben, weil sie auf Drucker und Verleger Rücksicht nehmen müßten. Umgekehrt sähen sich diese vor die undurchführbare Aufgabe gestellt, jede Zeile vor der Drucklegung zu begutachten.

Angesichts dieser Sachlage wird die britische Militärregierung gebeten, das Verfahren vor dem Obergericht zu Hannover niederzuschlagen.“

gern und der Presse zugesicherten Freiheiten, so ist die aus dem gleichen Grunde veranlaßte Verfolgung der Drucker und Verleger gänzlich unverständlich. Würde die Haftbarmachung der Drucker und Verleger für die Artikel ihrer Redakteure eingeführt so bedeutete dies, daß die Redakteure in Zukunft nicht mehr in der Lage wären, nach ihrem eigenen Gewissen zu schreiben, weil sie auf Drucker und Verleger Rücksicht nehmen müßten. Umgekehrt sähen sich diese vor die undurchführbare Aufgabe gestellt, jede Zeile vor der Drucklegung zu begutachten.

Angesichts dieser Sachlage wird die britische Militärregierung gebeten, das Verfahren vor dem Obergericht zu Hannover niederzuschlagen.“

Truman und Grubenbesitzer können Bergarbeiter nicht bezwingen

Washington. (EB) Den vereinten Bemühungen des amerikanischen Präsidenten Truman und der Grubenbesitzer ist es trotz Inanspruchnahme des Bundesgerichtes nicht gelungen, die Front der 400 000 streikenden Kohlenbergarbeiter der USA zu erschüttern. Alle bis jetzt geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Daß sich die Staatsgewalt in den USA zum Vorrang in der Verfechtung der Interessen der Grubenbesitzer machen ließ, ist schuld an deren Unnachgiebigkeit und deshalb auch an der Fortdauer des Streiks und seinen Auswirkungen. Der Kohlemangel in den USA ist mittlerweile so groß geworden, daß viele Betriebe deshalb die Arbeit einstellen oder verkürzen mußten.

Rubel auf Goldbasis umgestellt

Berlin. (Eig. Ber.) Die Aufhebung des Kartensystems und die dreimalige Preissteigerung in der Sowjetunion erhöht die Kaufkraft des Rubels. Aus diesem Grunde erachtet es die Sowjet-Regierung für notwendig, den offiziellen Kurs des Rubels zu erhöhen und die Berechnung des Rubels nicht auf der Basis des Dollars, dessen Kaufkraft ständig sinkt, sondern auf eine stabile, auf die Goldbasis, entsprechend dem Goldinhalt des Rubels umzustellen. Nach einer Verfügung des Ministerrats der UdSSR tritt diese Regelung ab 1. März 1950 in Kraft.

Erdbeben aufgezeichnet

Stuttgart. Die württembergischen Erdbebenwarten in Stuttgart, Ravensburg und Messtetten haben am Dienstag um 11.32 Uhr ein starkes Erdbeben aufgezeichnet. Es wird angenommen, daß der Herd des Bebens in einer Entfernung von 8000 Kilometern in der Mandschurei liegt.

Im Streiflicht gesehen

Negerin bringt Sechslinge zur Welt

Leopoldville (Kongo). Eine Eingeborenenfrau aus dem belgischen Mandatsgebiet Ruanda in Ostafrika hat Sechslinge — vier Knaben und zwei Mädchen — zur Welt gebracht, berichtet die Zeitung „Kinyamatoka“. Mutter und Kinder sollen sich bei bester Gesundheit befinden.

Geldfälscher in Altona verhaftet

Hamburg. (dpa) Die Hamburger Polizei hob in Altona eine Fälscherwerkstatt aus, in der der 45jährige Maler Otto Anders eine größere Zahl falsche Fünfmarkscheine hergestellt hatte.

Oklahomas Leopard gestorben

Oklahoma. Der Leopard in der amerikanischen Stadt Oklahoma, der vor einigen Tagen aus dem Zoo ausbrach, die ganze Stadt mehrere Tage in Schrecken versetzte und schließlich hungrig wieder in seinen Käfig zurückkehrte, ist gestorben. Schon als er heimlich in seinen Käfig zurückkehrte, hatte er das Fleisch verschmäht, das als Köder ausgelegt worden war.

Ehemaliger SS-Offizier zum Tode verurteilt

Paris. Der ehemalige SS-Obersturmführer Karl Vorländer wurde am Dienstag vom Pariser Kriegsgericht zum Tode durch Er-

schließen verurteilt. Er ist nach dem Urteil einer der Schuldigen für die Tötung und Marterung von Widerstandskämpfern im Raume von Vienne. In Abwesenheit wurde der Mitangeklagte Schreinko zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe und 30 000 Frs. Geldstrafe verurteilt.

Lebenslänglich Zuchthaus für Taximörder

Hamburg. Ein Hamburger Schwurgericht verurteilte den Polen Jan Wladislaw Musor und die Russen Alexej Schewzow und Stefan Horus (DP's) zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Musor und Schewzow hatten am 5. September vergangenen Jahres in Harburg den Taxifahrer Wilhelm Lange und drei Tage später in Othmarschen gemeinsam mit Horus den Kraftwagenfahrer Andreas Frank ermordet und beraubt. Nach dem Grundgesetz ist Zuchthaus auf Lebensdauer die Höchststrafe in der Bundesrepublik.

Zeitungsverbot soll Saardiktat verschleiern

Saarbrücken. (E. B.) Das Saarbrücker Organ der KPD, „Neue Zeit“, ist wieder einmal verboten worden. Am 28. 2. morgens, erschien ein Polizeiaufgebot von 22 Mann in der Druckerei, ordnete die Einstellung des Druckes an und zerstörte den Satz, die Matrizen und die Rotationsabgüsse.

Dieser neue Gewaltakt der CDU-Diktatoren an der Saar soll die einzige Stimme zum Schweigen bringen, die eine Gefahr für ihre Unterwerfungspolitik unter den Willen der französischen Monopole darstellt. Die „Neue Zeit“ hatte in einem Artikel bloßgestellt, wie die Vertreter der Saar-Regierung in Paris „Verhandlung“ mimen, während von vornherein feststeht, daß die französischen Monopolherren überhaupt keine Verhandlung über ihre Forderungen zulassen.

Die „Neue Zeit“ hat in diesem Zusammenhang ebenfalls die Scheinmanöver der rechten Gewerkschaftsführer entlarvt, die durch ihre Abreise aus Paris den Anschein zu erwecken suchten, als ob sie gegen die Diktatspolitik der französischen Monopole seien, während sie diese in ihrer Politik tagtäglich unterstützen.

Imperialisten-Konferenz für Afrika

Laureno Marques. (dpa/EB). In Laureno Marques, der Hauptstadt der Kolonie Mosambik, wurde eine Konferenz der in Afrika stationierten USA-Diplomaten eröffnet. Dieses Treffen schließt sich an ähnliche Konferenzen an, die bereits die amerikanischen Diplomaten Westeuropas und des Fernen Ostens vereinigt, um den neuen verschärften Kurs der imperialistischen Außenpolitik Amerikas festzulegen.

Feinwalzwerk Riesa vor der Vollendung

Riesa. (EB). Das im Aufbau befindliche Feinwalzwerk im volkseigenen Stahl- und Walzwerk Riesa geht seiner Vollendung entgegen und wird etwa Mitte März die Produktion aufnehmen. Das neue Walzwerk besteht aus einer 650er Vorstraße, einer 360er Feinstraße für Profilleisen aller Art und einer 360er Feinstraße für Profilleisen aller Art und einer 280er Drahtstraße. Die ersten Probewalzen werden in Kürze vorgenommen.

„Wenn wir einig sind...“

Werkätige der Filtrier-Werke Zeit rufen westdeutsche Kollegen

Halle. (EB). Die Werkätige des Filtrier-Werkes Zeit haben die Belegschaft des Kölner Filtrier-Werkes Wesseling aufgerufen, sich zur Aktionseinheit der deutschen Gewerkschaften in der Nationalen Front zusammenzuschließen. „Wenn wir einig sind“, heißt es in der Grußbotschaft, „dann können wir die Mächtschaften der anglo-amerikanischen Monopolisten und ihrer deutschen Helfer zunichte machen.“

Heilbronner Gewerkschaftsjugend für Deutschlandtreffen der Jugend

Heilbronn. (Eig. Ber.). Die Ortsjugendleitung Heilbronn des DGB hat einstimmig beschlossen, sich an der Organisation und Durchführung des Deutschlandtreffens der Jugend an Pfingsten 1950 in Berlin zu beteiligen. Zu diesem Zweck werden zwei Jugendkollegen in das Vorbereitende Komitee für das Deutschlandtreffen der Jugend delegiert.

So hilft man der Jugend nicht

Beschlüsse der Jahreshauptversammlung des Bundes katholischer Jugend widersprechen den Interessen der Jugend

Mannheim. (E. B.) Am vergangenen Sonntag fand in Altenberg eine Jahreshauptversammlung des Bundes der Katholischen Jugend statt, deren Ergebnis nicht den Interessen der Jugend dienlich ist.

In einer Resolution „warnt“ die Versammlung vor dem Pfingsttreffen der deutschen Jugend in Berlin, weil dadurch angeblich „die Jugend für politische Zwecke mißbraucht und der Geist des Bürgerkrieges in sie hineingetragen werden sollen.“

Damit hat sich die Bundesleitung der Katholischen Jugend eingereicht in den Propagandafeldzug gegen das große Pfingsttreffen der Jugend.

Die Begründung der Stellungnahme des Bundes entspricht nicht den Tatsachen. Jeder junge Deutsche hat genügend Gelegenheit gehabt, sich über den Zweck des Deutschlandtreffens der Jugend zu informieren. In allen Flugblättern und Veröffentlichungen kommt immer wieder zum Ausdruck, daß das Pfingsttreffen ein einziges Ziel hat: Ausdruck des Willens der deutschen Jugend nach Frieden und Einheit zu werden. Wenn etwas anderes über das Deutschlandtreffen der Jugend behauptet wurde, so ist es Lüge und Verleumdung.

Wir können den jungen Katholiken nur empfehlen, mit nach Berlin zu fahren. Sie können dort alles erst einmal mit eigenen Augen prüfen, und darüber hinaus werden sie Gelegenheit haben, offen und frei mit ihren katholischen Freunden aus der Deutschen Demokratischen Republik zu sprechen.

Wir sind der Auffassung, daß es heute gerade vornehmste Pflicht der jungen Katholiken sein sollte, gemeinsam mit der ganzen deutschen Jugend einzutreten für den Frieden und die Unabhängigkeit unseres Landes.

Weiter wurde in Altenberg beschlossen, jede Zusammenarbeit mit der FDJ in Zukunft abzulehnen, weil die FDJ „den Grundgedanken der Zusammenarbeit nicht anerkenne.“ Damit hat man der Sache der Einheit der Jugend einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Die FDJ hat in der täglichen Arbeit in den Jugendausschüssen, Gewerkschaften usw. genug Beispiele der Zusammenarbeit gegeben. Die Mitglieder der

Ein Erfolg der Nationalen Front

Was waren die Gründe, die veranlassen, das Stahl embargo wieder aufzuheben?

Das Anfang März von der Adenauer-Regierung ausgesprochene Verbot der Lieferung von Eisen und Stahl nach der Deutschen Demokratischen Republik mußte von den Spaltem der deutschen Einheit wieder aufgehoben werden. Das ist ein Erfolg der Nationalen Front, der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland. Weite Kreise der westdeutschen Wirtschaft haben in den letzten Wochen protestiert gegen die Willkürmaßnahmen der Spalter-Regierung.

Der Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik war in den letzten Monaten gut angelaufen. Das war den imperialistischen Kräften zu gefährlich, deshalb versuchten sie, diese für die westdeutsche Wirtschaft notwendigen Handelsbeziehungen zu stören. Die Kriegstreiber schrecken nicht davor zurück, die westdeutsche Wirtschaft zu ruinieren, wenn es ihre Ziele fördert, wenn sie den immer mächtiger werdenden

Friedenswillen der Bevölkerung unterdrücken können.

Die westdeutsche Industrie will mit dem Osten Deutschlands Geschäfte machen. Die Aufträge der Deutschen Demokratischen Republik haben schon tausenden westdeutschen Arbeitern den Arbeitsplatz gesichert. Deshalb hat das plötzliche Verbot der Lieferung nach dem deutschen Osten weite Kreise sogar der westdeutschen Industriellen mobil gemacht. Sie protestierten bei der Adenauer-Regierung gegen diese wirtschaftsschädigenden Maßnahmen, die so weit gingen, daß sogar die bereits fertiggestellten Waren nicht mehr ausgeliefert werden durften und, da im Westen keine Absatzmöglichkeiten dafür waren, auf Lager genommen werden mußten.

Mit der jetzt erfolgten Aufhebung des Lieferverbots für Stahl und Eisen aber sind die Gefahren für die Normalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland nicht aus der Welt geschafft. Wir wissen, daß das Bestreben der

reaktionären Kräfte nur ausgerichtet ist auf die Zerstörung der friedlichen Beziehungen zwischen den Ländern Westeuropas und der Sowjetunion, den Volksdemokratien und der Volksrepublik China. Deshalb versuchen sie, jeden Handel Westdeutschlands mit diesen Ländern zu hintertreiben. Wir brauchen nur an das von den Hohen Kommissaren ausgesprochene Verbot für die Ruhrindustrie, 100 000 Tonnen Eisenbahnschienen nach der Volksrepublik China zu liefern, zu erinnern. Kein Protest erfolgte gegen diese die deutsche Wirtschaft schädigende Maßnahme von den marshallplanhörigen westdeutschen Ministern, trotzdem von vornherein klar war, daß die anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten nur die Aufwärtsentwicklung der westdeutschen Wirtschaft verhindern wollten.

Nach Zeitungsmeldungen hat eine britische Firma den China-Auftrag übernommen, mußte aber, da sie nicht in der Lage war, den Auftrag termingerecht auszuführen, das Geschäft an andere Länder ab-

geben, so daß jetzt ein Bruchteil dieser Lieferung, man spricht von 12 500 Tonnen, auch an westdeutsche Firmen vergeben werden sollen. Die Bemühungen der Minister der Deutschen Demokratischen Republik, Chinaaufträge auch für die westdeutschen Betriebe zu vermitteln, hat schon Erfolge gezeigt. Es besteht jetzt die Möglichkeit, Bergwerks-, Hütten-, Werks- und Krananlagen in westdeutschen Betrieben für das neue China in Auftrag zu geben.

Der alliierte Druck auf die westdeutsche Wirtschaft führt der Nationalen Front immer neue Kräfte zu. Die Forderung nach einem gerechten Friedensvertrag für das gesamte Deutschland und dem Abzug der Besatzungsmächte wird immer stärker.

Das Verbot der Stahllieferung an die Volksrepublik China und die, jetzt zwar wieder aufgehobene, Stahl-Lieferverbot nach der Deutschen Demokratischen Republik wurde in weiten Kreisen der westdeutschen Unternehmer richtig als Unterdrückungsmaßnahme der ausländischen Konkurrenz erkannt. Selbst in London ist dieses aufgefallen. Deshalb verlangen Londoner Stimmen Sicherungen dafür, daß ähnliche unangenehme Situationen sich nicht wiederholen. In der Stuttgarter Zeitung vom 21. Februar 1950 können wir lesen:

„Man ist in London der Ansicht, daß sich ähnliche verwickelte Fälle wie das Verbot der Ausfuhr von Ruhrstahl-Schienen nach dem kommunistischen China wiederholen können, sofern nicht bald eine für alle ERP-Staaten gültige Liste verbotener Waren für die Ausfuhr... aufgestellt wird.“

Diese Sperrenlisten liegen nicht im Interesse der westdeutschen Wirtschaft. Von den Aufträgen der Sowjetunion, der Volksdemokratien in Ost- und Südosteuropa und der Volksrepublik China und von der Normalisierung der Handelsbeziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik hängt die Beschäftigung vieler tausender westdeutscher Arbeiter ab.

Die von der Adenauer-Regierung betriebene Einbeziehung Westdeutschlands in die Marshallplan-Organisation und die ständige Bereitschaft dieser Befehlshaber der Wallstreet, gegen die deutschen Interessen zu arbeiten, läßt nur eine Schlussfolgerung zu: die Nationale Front stark machen, im Kampf für die deutsche Einheit und für den Frieden der Welt. H. H.

Steigende Eisen- und Stahlerzeugung in der DDR

Sprunghafte Entwicklung einer Industrie, die nicht in Marshallplan-Ketten liegt

Brandenburg. (vwd) Die Roheisenerzeugung der Deutschen Demokratischen Republik erreichte 1949 250 000 Tonnen gegenüber 129 000 Tonnen im Jahre 1948. Wie der Minister für Industrie, Seibmann, anlässlich der Grundsteinlegung für das neue Stahl- und Walzwerk in Brandenburg vor der Stadtverordneten-Versammlung ausführte, soll die Roheisenproduktion im laufenden Jahr auf 335 000 Tonnen erhöht werden.

Die Rohstahlproduktion stieg von 200 000 Tonnen im Jahre 1946 auf 700 000 Tonnen im vergangenen Jahre und soll einschließlich Formstahl 1950 auf 1 250 000 Tonnen gebracht werden. Gegenwärtig sind nach Mitteilung von Minister Seibmann in der Deutschen Demokratischen Republik 24 Siemens-Martin-Oefen in Betrieb. Weitere 33 sollen im laufenden Jahr gebaut werden und die Erzeugung von Siemens-Martin-Stahl dadurch auf 870 000 Tonnen im Jahre 1950 gegenüber 450 000 Tonnen im vergangenen Jahr erhöht werden.

Bei Walzstahl ist das Produktionsziel für 1950 auf 930 000 Tonnen festgesetzt gegenüber einer Erzeugung von 520 000 Tonnen im Vorjahr. 1946 gab es in der Republik nur sechs Walzstraßen, gegenwärtig sind es bereits 28, und am Ende dieses Jahres sollen 34 Walzstraßen vorhanden sein.

Die Deutsche Demokratische Republik wird ihre Stahlindustrie so entwickeln, daß sie ihren Bedarf an Eisen und Stahl in einigen Jahren aus der eigenen Produktion decken könne. Nach Ausbau des neuen Werkes in Brandenburg werde die Stahl-

erzeugung 1 670 000 Tonnen betragen. Das Brandenburgische Stahlwerk ist jedoch nicht das größte und das letzte Projekt dieser Art. Das Brandenburgische Werk wird als kombiniertes Stahl- und Walzwerk gebaut und 10 Siemens-Martin-Oefen mit einer Jahreskapazität von 500 000 Tonnen Stahl erhalten. Der erste Bauabschnitt mit dem ersten SM-Ofen und einer Gruppe von vier Generatoren soll im Sommer dieses Jahres in Betrieb genommen werden. Ende des Jahres sollen 4 SM-Oefen in Betrieb genommen werden, der letzte Bauabschnitt am 1. September 1951 beendet sein und die volle Produktion am 1. November 1951 aufgenommen werden.

Bestialischer Menschenschinder lehrte „demokratischen Strafvollzug“

In diesem Strafgefängnislager versuchte man wirklich neue Methoden, das heißt so ganz neu waren sie nicht. Wer Fremdenlegionsromane gelesen hatte in seiner Jugend, der wußte schon, daß es im heißen Sommer eine unerhörte Qual ist, wenn man Menschen bis an die Schultern eingräbt und somit ihren Kopf völlig wehlos den Sonnenstrahlen und den Insekten preisgibt. Im Winter ließ der Angeklagte, Leiter eines Strafgefängnislagers, die Gefangenen in eine Wassertonne tauchen und stramm stehen. Er freute sich dann an der Eischicht, die sich auf dem Körper des Strafgefängnisses bildete. Oft auch ließ er sie mitten in der Nacht aus dem Bett holen, um drei Stunden lang Strafexerzieren zu befehlen, wobei Mißhandlungen die Hauptsache waren.

Wilhelm Rothe - Lagerleiter der Zuchthausaußenstelle Börgermoor - verhängte diese und ähnliche Strafen, wenn das Arbeitspensum nicht erfüllt war oder auch aus anderen Gründen. Diese Bestie im Gerichtssaal aufstehen und die unmenslichen Mißhandlungen, vor allem der politischen Gefangenen, schilderten, die Rothe befohlen, selbst begangen oder geduldet hat, wurde mit 15 Jahren Zuchthaus viel zu milde bestraft.

Man stelle sich vor, allein im Jahre 1940 gab es in dem von ihm kommandierten Lager 65 Fälle von Selbstverstümmelung, völlig verzweifelte Gefangene ließen sich

eine Hand oder einen Fuß von vollbeladenen Loren abfahren, rieben sich Koperstift in die Augen, um das Augenlicht zu verlieren und dann als arbeitsunfähig aus dem Lager in die Strafanstalt zurückzukommen.

Dieser faschistische Menschenquälerei noch in den Jahren 1947 und 1948 beim Hamburger Strafvollzugsamt in Rissen, damit beschäftigt, junge Justizangestellte im „demokratischen“ Strafvollzug auszubilden. Er wirkte als Lehrer für Strafvollzugsbeamte bis zu seiner Verhaftung.

Als Strafvollzugsbeamter gehörte Rothe zu dem Justizapparat, dessen Richter und Staatsanwälte zu rund 80 Prozent früher Mitglieder der NSDAP waren, die heute für Hedler und Konsorten volles Verständnis aufbringen und die Refaschisierung und die Remilitarisierung Westdeutschlands mit voller Kraft betreiben. Ob man dagegen etwas tun kann? Es kommt darauf an, daß man etwas dagegen tun will! Alle die ein einheitliches und demokratisches Deutschland wollen, müssen fest zusammenstehen und sich organisieren. E. M.

Herr Adenauer und Herr von Manteuffel

Fachleute auf ihrem Gebiet

Bonn. (Eig. Ber.) Dr. Adenauer gibt in einer Pressenotiz bekannt, daß sich der ehemalige General von Manteuffel in einem Schreiben an ihn wandte, in welchem er seine Auffassungen über die Aufstellung sogenannter leichter deutscher Truppenverbände von „fachlichen Gesichtspunkten aus niederlegte“. Aus der Pressenotiz ist zu entnehmen, daß Herr von Manteuffel durch die in- und ausländische Presse von den Remilitarisierungsabsichten Adenauers erfahren hat. Dies ist zweifellos nur die halbe Wahrheit, da Herr Adenauer und Herr Manteuffel schon vor Wochen zusammentrafen und die Möglichkeit einer persönlichen Aussprache über diese Fragen bestand. Wenn der Bundeskanzler in der Pressenotiz mitteilt, daß sein Sekretariat lediglich den Eingang des Schreibens bestätigte, dann ist dies begrifflich, da die Notwendigkeit einer persönlichen Beantwortung infolge der politischen Konzeption des Herrn Adenauers, der die Wiederbewaffnung Westdeutschlands wünscht, nicht besteht. Herr Adenauer kann sich außerdem für die Beantwortung solcher Fragen seines Freundes Dr. Pferdenges bedienen, der nicht nur der Finanzier der CDU, sondern auch der Chef des Bankangestellten Generalleutnant a. D. von Manteuffel ist.

in diesem Jahre die Friedens-Hektar-Erträge zu erreichen und zu übertreffen. Die 1200 Delegierten der Bauern-Konferenz rufen alle Deutschen auf, die nationale Gefahr, die das deutsche Volk bedroht, zu erkennen und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mitzukämpfen für die Einheit Deutschlands, für die Erhaltung des Friedens und für eine freie und glückliche Zukunft des deutschen Volkes.

Weitere Funktionen der Regierung der DDR übertragen

Berlin. (E. B.) Der sowjetische Armee-General W. Tschukow benachrichtigte den Minister-Präsident der Deutschen Demokratischen Republik von Beschlüssen der sowjetischen Kontrollkommission, nach denen dem Ministerium des Innern die Registrierung von Organisationen und Parteien und deren Tätigkeit übertragen wird. Dem Amt für Informationen für die Deutsche Demokratische Republik werden die Funktionen der Lizenzierung von Druckerzeugnissen, Papier-Kontingentierung usw. übertragen.

Schweiz verbietet Friedenskundgebungen

Genf. (E. B.) Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, eine Friedenskundgebung, die in Genf mit Louis Saillant, dem Präsidenten des Weltgewerkschaftsbundes, als Hauptredner geplant war, unter Berufung auf „Staatschutzbestimmungen“ zu verbieten.

Labour kapituliert

Verstaatlichungsansprüche aufgegeben

London. (E. B.) Die Labour-Partei hat ihr Wahlversprechen, die Verstaatlichungen weiter vorwärts zu treiben, bereits verletzt. In die Thronrede König Georgs, die vom jeweiligen Ministerpräsidenten aufgesetzt wird und die eine Art Regierungsprogramm darstellt, werden keine Hinweise auf weitere Verstaatlichungen aufgenommen werden.

Als Begründung verläutet aus führenden Labourkreisen, daß man es sich „bei der knappen Mehrheit nicht erlauben kann, umstrittene Probleme anzuschneiden.“ Darüber hinaus will die Labourpartei, wie aus einer Erklärung des britischen Premierministers Morrison hervorgeht, ihre knappe Mehrheit durch Neuwahlen noch einmal aufs Spiel setzen. Morrison erklärte auf einer Parteiversammlung in London, die Wählererschaft läte gut daran, sich auf Neuwahlen gefaßt zu machen, deren Zeitpunkt man besser früher als später annehmen sollte.

Bauernkonferenz fordert mitzukämpfen in der Nationalen Front

Dresden. (E. B.) In einer auf der Dresdener Bauern-Konferenz von 1200 Delegierten einstimmig angenommenen Entschlieung heißt es u. a.: Den Bauern der Deutschen Demokratischen Republik ist im Gegensatz zu Westdeutschland heute und in aller Zukunft der Absatz ihrer Erzeugnisse garantiert. Diese Gewißheit und das immer fester werdende Bündnis von Stadt und Land, das zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und damit zur noch besseren Versorgung der bäuerlichen Betriebe mit Dünger, Geräten und sonstigen Produktionsmitteln führen werde, gäbe den Bauern die Kraft zu größter Anstrengung, um

„Go home“

Der Amerikaner Dr. Hurd, Direktor der Zeitschrift „Christian Science Monitor“, gab vor einiger Zeit den Rat, die Ruhrindustrie - gleichgültig ob sie für Krieg oder Frieden produziere - so zur Sprengung vorzubereiten, daß eine gründliche Zerstörung des gesamten Ruhrgebietes erfolgen könnte, wenn der antisowjetische Feldzug schiefehen sollte. Aber es blieb nicht nur bei diesem „guten Rat“, und es ist nicht allein die Ruhrindustrie, die Opfer der imperialistischen Kriegspolitik werden soll.

In die Fundamente der Autobahnbrücken über die Leine, der Eisenbahnbrücken in Dedensen, der Straßenbrücken über den Mittelländkanal und über die Leine bei Neustadt und in alle Weserbrücken wurden zwei Meter tiefe Sprenglöcher mit einem Durchmesser von 30 cm getrieben. Das war bereits im vorigen Jahre, und die britische Militärregierung nannte es einen „normalen Vorgang“, der von „strategischen Erwägungen“ diktiert sei.

Dieser Tage stellen amerikanische Pionierkommandos den „kritischen Punkt“ der Brücken im amerikanischen Sektor Berlins durch Vermessungen und allseitige Aufnahmen fest. An diesen „kritischen Punkten“ werden die Sprenglöcher gebohrt werden, um bei der Sprengung die totale Zerstörung der Brücken zu erreichen. „Sicherheitsmaßnahmen“ nennt das der amerikanische Sicherheitsdienst. Die Vorbereitung zur Zerstörung lebenswichtiger deutscher Industriestätten und Verkehrsanlagen mag für die Besatzungsmächte ein „normaler Vorgang“ auf Grund „strategischer Erwägungen“ sein, denn für sie ist Westdeutschland zwischen Rhein und Elbe und Westberlin lediglich ein „militärisches Vorfeld“.

Für die Werkätigen, für alle wahren deutschen Patrioten aber ist diese Zerstörung gleichbedeutend mit der Zertrümmerung ihrer Heimat und der Vernichtung ihrer Lebensgrundlage.

„Go home“ schrieben Berliner Arbeiter an die Häuserfassaden. Wir wollen kein „militärisches Vorfeld“ sein, wir wollen keinen Bruderkrieg. Der Kampf, den wir führen, geht um die Sicherung des Friedens, um die Einheit Deutschlands und um den Abzug aller Besatzungstruppen.

Pressestimmen

„Kein Schritt, der uns bei den Völkern Asiens beliebt macht“

Die Anerkennung des schwachen Regimes Bao Dais durch die USA war ein Akt politischer Dringlichkeit, der uns von Moskau und Peking aufgezungen wurde...

Die USA gewähren jetzt einer Regierung die Anerkennung, die nicht nur schwache öffentliche Unterstützung genießt, sondern die auch unfähig ist, ohne die bewaffnete Hilfe der französischen Armee zu existieren. Obwohl unsere Anerkennung vielleicht vom Standpunkt der grundlegenden amerikanischen Interessen aus gesehen, unvermeidlich war, ist dieser Schritt keiner, der uns bei jenen Völkern Asiens beliebter machen wird, um deren Sympathie wir uns so eifrig bemühen. Die französische Politik in Indochina hat im Laufe der Jahre so viel Unwillen unter den asiatischen Nationalisten hervorgerufen, daß jede Nation, die sich mit ihnen verbündet, erwarten muß, eine Menge Kritik und Verdacht zu erwecken. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die kommunistischen Propagandisten diese Gelegenheit bis zum äußersten ausnützen werden. Auf gar keinen Fall kann Bao Dai heute als der vom Volk gewählte Führer in Vietnam betrachtet werden. Der trübe Tatbestand ist, daß wir in Vietnam wie in

China unser diplomatisches Gewicht einem Minderheits-Regime verleihen, dessen Hauptzweck darin besteht, daß es antikommunistisch ist...

Wenn Bao Dai versagt, wird unser angeschlagenes Prestige in Asien weiterhin geschädigt. Wir werden uns dann der Wahl gegenüber sehen, entweder den Franzosen offene Unterstützung gewähren oder aber Indochina seinem Schicksal überlassen zu müssen.

Der Ostasien - Korrespondent Steel in der „New York Herald Tribune“.

Wasserstoffbombe - für Dollarmillionäre ein Geschäft

Die Atom-Industrie ist mächtig und wächst weiter an; sie tritt in diesem Jahr in die Kategorie jener Industrien ein, in denen Milliarden Dollars investiert sind. Durch die Produktion der Wasserstoff-Atom-bombe werden jene Anlagen eine Erweiterung erfahren, die schon jetzt im großen Umfang geplant sind. Die Investitionen in der Atom-Industrie werden bis zum Juli dieses Jahres 4,5 Milliarden Dollars erreichen. Damit wird diese die größte neue Industrie in den USA. „U.S. News and World Report“, Washington.



Motiv an der Riviera. Hier verleben die Besitzer der großen Ländereien ihre „arbeitslosen“ Tage

ITALIENS BAUERN im Aufbruch



Ober: Bauern aus der Po-Ebene haben den von den Gutsbesitzern vernachlässigten Boden zur Bearbeitung in Besitz genommen.



Rechts: Nutzlose Beschwichtigungsversuche eines Dorf-Bürgermeisters.

Der Kampf um den Boden dauert in Italien schon seit vielen Jahren an. Nach der Befreiung von den Faschisten gelang es den Bauern des Südens, den Junkern in den Jahren 1944 bis 1946 auf gesetzlichem Wege zunächst 200 000 Hektar Boden zu entreißen. Genau wie in Westdeutschland begann nach dem Kriege in Italien eine Periode verstärkter reaktionärer Tätigkeit, die von der christlich-demokratischen Regierung de Gasperis unterstützt wurde. Ihr Ziel war u. a., das den Junkern verlorengegangene Land wiederzubekommen. Im vergangenen Jahr erreichte der Kampf um den Boden einen bisher nicht dagewesenen Höhepunkt. Wir erinnern dabei an den gewaltigen 35tägigen Generalstreik der Landarbeiter der Po-Ebene um höhere Löhne, der in den ersten Monaten des Jahres 1949 die Aufmerksamkeit aller Welt in Anspruch nahm. Der Streik endete mit einer völligen Niederlage der Gutsbesitzer und der mit ihnen verbündeten Regierung. Im Oktober begannen neue Kämpfe — und wieder siegten die Bodenbewerber gegen Gutsbesitzer, Regierung und Polizei. Diesmal begann der Kampf im Süden des Landes.

Die Armut dieser Bauern ist grenzenlos. Noch heute leben sie in dem gleichen Elend wie vor 100 Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist groß, Unterstützung gibt es keine, der Verdienst beträgt 7000 bis 8000 Lire pro Kopf im Monat, während 30 000 Lire nötig sind, um den einfachsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Der englische Journalist Basil Davidson besuchte während der Kampfwochen das Dorf Melissa, von dem wir noch berichten werden, und er schrieb über die soziale Lage der Bauern dort unter anderem: „Von Crotone aus, das selber 14 Bahnstunden von Rom entfernt liegt, erreichte ich nach zweistündiger Autofahrt auf schlechten Wegen Melissa. Es ist ein schmutziges Dorf. Ueber 3400 Bauern, von denen nur eine Handvoll etwas Land be-

sitzt, hocken dicht gedrängt aufeinander in diesem unglaublichen Gemisch von Schweinestall und Senkgrube. Ueberall saßen die Fliegen, selbst an einem kalten Novembertag. Die Menschen sahen halbverhungert aus und waren es auch. Ich sah die Löcher, aus denen die von der Polizei verwundeten und erschossenen Bauern stammten. Es waren die reinsten Schweineställe. Runderum und überall liegen die Ländereien des Barons Berlingieri und des Barons Galuccio, ihre im 17. Jahrhundert erbauten Paläste in Crotone habe ich auch gesehen...“ Weder die Regierung noch die Großagrarien brachten die notwendige Einsicht

für die elende Lage der Bauern auf. Daher schritten die Bauern zur Beschlagnahme des Bodens, und sie fingen sofort an, ihn zu bearbeiten. Am 2. Oktober 1949 besetzten 10 000 Bauern im Laufe eines Tages 8000 Hektar Land in der Campagne und auf Sizilien. Auch in Calabrien kam die Bewegung zum Ausbruch. Dort besitzen 500 Großagrarien 450 000 Hektar Land, d. h. ebensoviel wie 500 000 Kleinbauern zusammen. In drei Tagen belegten in der Provinz Cosenza über 30 000 Bauern gleichzeitig 10 000 Hektar Land mit Beschlag. In der schon erwähnten Ortschaft Melissa kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem



Ein beschäftigungsloser süditalienischer Landarbeiter versucht durch den Verkauf von Südfrüchten sich und seine Familie am Leben zu erhalten.

drei Bauern ums Leben kamen und viele verwundet auf dem Felde blieben.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich Anfang Dezember in Torremaggiore. Auch dort gab es Tote und Verwundete. Wie ein Mann erhoben sich die Arbeiter in ganz Italien aus Sympathie für ihre Kampfgefährten, die Bauern. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung und dem hartnäckigen Durchhalten der Bauern war die Regierung gezwungen, die Berechtigung der bäuerlichen Forderungen anzuerkennen und die Durchführung von Reformmaßnahmen zu versprechen. Zunächst erhielten die Bauern weitere 4000 Hektar Land. Die Regierung ordnete Maßnahmen zur Beilegung des Konfliktes an, mit dem Ziel, das Land den Bauern zu übergeben. Tausende Hektar Land gingen jetzt in die Bauerngenossenschaften über.

Aber die reaktionäre Regierung wollte die Bauern überlisten, indem sie — ähnlich der „freiwilligen“ Abgabe der 30 000 Hektar der

schleswig-holsteinischen Junker — für 5000 Bodenbewerber 45 000 Hektar in Calabrien gegen Bezahlung bereitstellte, mit dem Ziel, die Bauern vorerst zu „befriedigen“ und hinzuhalten. Die Bauern Calabriens jedoch riefen die Bauern ganz Italiens auf, den Kampf um die Uebergabe des Bodens „unverzüglich, für immer, an alle und überall verstärkt fortzusetzen“.

Es ist ganz gewiß, daß der Kampf um den Boden sich immer stärker ausbreiten wird und daß die Bodenbewerber im Bund mit den Arbeitern, Pächtern, Halbpächtern und Mittelbauern über kurz oder lang die demokratische Bodenreform in ganz Italien durchsetzen werden. Die revolutionären Kräfte der Werktätigen auf dem Lande werden neue Tatsachen schaffen. Junker, Industrielle, Bankherren, Regierung und Polizei mögen zittern. Die Entwicklung wird über sie hinweggehen — nicht nur in Italien, sondern überall, wo die Bauern nach Land verlangen — auch in Westdeutschland. R. J.



Bauernmädchen aus Kalabrien im Sonntagstaat

Damit ihre Zukunft gesichert wird, nehmen ihre Väter das Land in Obhut, das von ihren Händen bearbeitet wird. Keine Macht der Welt wird imstande sein, die Durchführung der Bodenreform zu verhindern, weil Italiens Bauern sie wollen.

Bodenbewerber geben durch einen Anschlag bekannt, daß das Land in die Obhut der Bauerngenossenschaft übergegangen ist



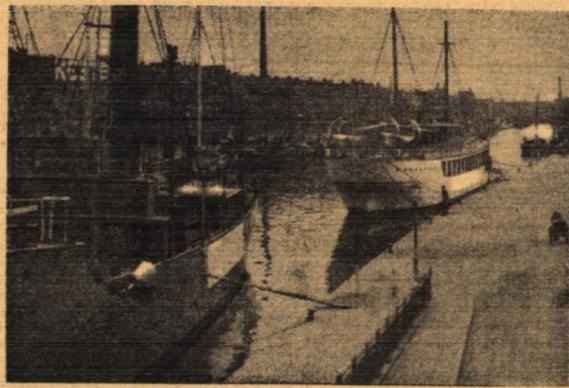
So kämpft das französische Volk gegen den Krieg

Der „Leidensweg“ des Schiffes „Empire Marshall“ — „Geisterschiff“ reist zwecklos von Hafen zu Hafen

Wie beispielhaft zäh, energisch und erfolgreich das französische Volk den Kampf gegen den Krieg führt, darüber berichtet die „L'Humanité“ in ihrer Ausgabe vom 16. Februar Unter der Überschrift „Der ‚Leidensweg‘ der ‚Empire Marshall‘“ schreibt die Zeitung:

„Das Schiff ‚Empire Marshall‘ wird hier nur noch das ‚Geisterschiff‘ oder ‚der ewige Wanderer der Meere‘ genannt. Es ist zum Gespött der Ozeane geworden. Sein Unglück begann in Dünkirchen mit den drei für Vietnam bestimmten Lokomotiven, die die Hafenarbeiter nicht entladen wollten. Dann kam die Geschichte mit den 17 leichten Panzern, die gleichfalls für Vietnam bestimmt waren. Der Zug, der sie transportierte, irrte zwischen Bahnhöfen und Häfen hin und her, denn die französischen Eisenbahner wollten

genau so wenig wie die Hafenarbeiter, diese schmutzige Arbeit für den Schandkrieg verrichten. Schon vor der Abfahrt waren dieser Zug sowie die Panzer mit Inschriften, wie ‚Nieder mit dem Krieg!‘, ‚Es lebe der Frieden!‘ usw. versehen. 500 Eisenbahner waren herbeigeeilt, um die Weiterfahrt durch Loskuppeln der Wagen zu verhindern. Ein einziger Bahnhofsvorsteher fand sich, der eigenhändig die Wagen wieder festmachte, und so konnte der Zug nach Le Havre gelangen, wo die ‚Empire Marshall‘, nachdem sie Dünkirchen verlassen hatte, wartete. Aber die Hafenarbeiter, Kranführer und andere Arbeiter in Le Havre weigerten sich ebenfalls, die Wagen anzurühren. Diesmal ist die ‚Empire Marshall‘ wirklich gekränkt. Sie muß einen Umweg über Gibraltar machen, um nach Marseille zu gelangen und dort zu versuchen, die leichten Panzer aufzuladen.

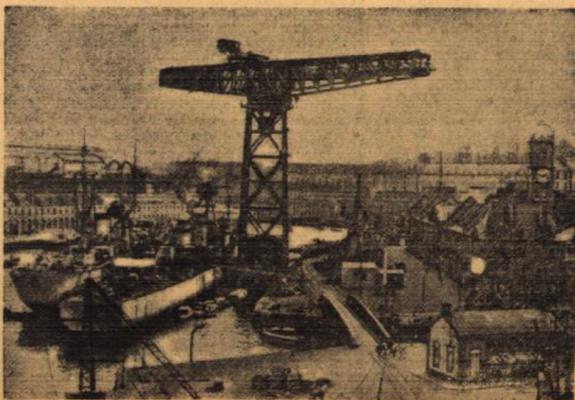


Am Hafen von Rotterdam

keln, sodaß ‚Empire Marshall‘ in St. Nazaire anlegen mußte, um seine Fracht besser zu verstauen.

‚Empire Marshall‘ ist aber nicht das einzige Schiff, dem es so erging. ‚Jean Dolo‘ beispielsweise kam nach Nizza und die Marshall-Leute glaubten: Die Einwohner Nizzas sind sympatische Menschen. Sie feiern Karneval und anstatt gegen den Krieg zu demonstrieren, werfen sie mit Konfetti. Hier sind wir sicher! Aber die Einwohner Nizzas liefen am 13. Februar zum Hafen, überwältigten die Polizeitruppen und warfen eine für Tito bestimmte V-2-Geschöß-Rampe, eine Kleinigkeit von 2 Tonnen Gewicht, ins Meer, gerade so, als wenn es Konfetti wäre.

Wie will man mit solchen Menschen Krieg führen??“



Der französische Hafen Brest

Inzwischen sind diese aber im Schnecken-tempo durch Frankreich gereist. An allen Bahnhöfen fanden sich die empörten Volksmassen, die Frauen an der Spitze zusammen, um gemeinsam mit den Eisenbahnern zu protestieren und die Wagen loszukuppeln. In Le Tell ist die Bevölkerung sogar um zwei Uhr nachts aufgestanden und hat mitten in der Nacht den Zug aufgehalten. Als die ‚Empire Marshall‘ in Marseille eintraf, stellte sie fest, daß sie nicht allein war. Hafenarbeiter, Eisenbahner, Matrosen, Arbeiter, Männer und Frauen waren da und paßten auf. Die Panzer wurden letzten Endes in dem kleinen Hafen Le Canet auf ein anderes Boot geschmuggelt. Auch dort mußte man Polizeitruppen zur Verrichtung dieser Arbeit nehmen.

Die ‚Empire Marshall‘ kehrte nun klein und häßlich nach Dünkirchen zurück. Dort leben die Arbeiter in Hunger und Elend, aber sie bleiben bei ihrem Entschluß. Im Hafen sah man nur Uniformierte, die die Arbeit der Hafenarbeiter verrichteten. Aber auch die Soldaten hatten begriffen. Als das Schiff aufs Meer auslief, begann die Ladung zu schau-

Die Häfen sind die Pforten, durch die amerikanisches Kriegsmaterial in Westeuropa hineingeschleust werden soll. Deswegen haben die Hafenarbeiter gegenüber den friedliebenden Völkern eine hohe Verantwortung. Sie sind sich dessen auch bewußt und haben in fast allen Häfen Komitees zur Verteidigung des Friedens gebildet.

Unser Bild: Amerikanische Frachter in Bremen



Mit der Nationalen Front gegen die Feinde des Volkes

SPD fordert Schutzgesetz für Adenauers Separatstaat — Dehler droht mit dem Verfassungsbruch

Vom Sekretariat des Parteivorstandes der KPD wird uns geschrieben:

2,5 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter tausende vernichteter Existenzen des Mittelstandes, eine hoffnungslose Jugend ohne Beruf und Ausbildungsmöglichkeiten zeigen die katastrophalen Ergebnisse der vom Bundeskanzler Adenauer betriebenen Einordnung Westdeutschlands in den Marshallplan. Die in Westdeutschland bewußt heraufbeschworene Katastrophe zeigt die Folgen der Spaltung Deutschlands durch die Schaffung des westdeutschen Staates auf. Durch die Ruhrbehörde und das von Dr. Schumacher zuerst geforderte Besatzungsstatut haben die amerikanischen Monopole die volle Kommandogewalt über die westdeutsche Wirtschaft übernommen.

Am 10. Januar 1950 verfügte Adenauer im Auftrage dieser Monopole die Blockierung des innerdeutschen Handels und fügte damit der westdeutschen Wirtschaft weiteren großen Schaden zu. Die Millionenmasse der arbeitslosen Jugendlichen und junger Männer soll nach dem Willen Adenauers und der Kriegstreiber die Remilitarisierungspläne fördern, wie sie jetzt selbst von der amerikanischen Militärregierung durch die Aufdeckung eines neuen deutschen geheimen Generalstabes enthüllt wurden. Bundeskanzler Adenauer hat mit den Führern dieses Geheimstabes schon vor Monaten verhandelt. In einer Konferenz mit dem ehemaligen Kom-

mandeur der Division „Großdeutschland“, General von Manteuffel, hat Adenauer den Aufbau einer neuen deutschen Armee besprochen. Er fördert die Bestrebungen des geheimen Generalstabes, der im Bündnis mit den Nazigaleitern Kaufmann und Lauterbach die deutsche Jugend für einen neuen Krieg vorbereiten will. Adenauer treibt damit bewußt eine Verschwörung gegen den Frieden und die Demokratie.

Gegen diese katastrophale Entwicklung wehren sich Millionen Menschen in Westdeutschland, indem sie den Kampf für den Frieden und die Einheit Deutschlands führen. Gegen diesen Kampf wendet sich die westdeutsche Reaktion und ihre Justiz. Zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung in Westdeutschland hielt es der SPD-Parteivorstand für angebracht, einen offensichtlich von den Besatzungsmächten inspirierten Gesetzentwurf „Gegen die Feinde der Demokratie“ auszuarbeiten, der den ungeteilten Beifall der Reaktion findet. Dem gleichen Zwecke dient die Gründung des sogenannten Verfassungsgerichtshofes und das vom Bonner Innenminister Heinemann schon vor längerer Zeit angekündigte Parteiengesetz.

In den 17 Paragraphen des Gesetzentwurfes der SPD wird ein ähnliches Gesetz der Weimarer Republik, das sogenannte Republikenschutzgesetz, angeknüpft.

Zu gleicher Zeit soll auch über alle Gruppen und Organisationen entschieden werden, die für die Erhaltung des Friedens und die Einheit Deutschlands im Rahmen der Nationalen Front einen entschlossenen Kampf führen. Auch die amerikanische „Neue Zeitung“ vom 18.2.1950 fordert im Zusammenhang mit dem SPD-Gesetzentwurf „ein starkes Gesetz“ gegen die Nationale Front und den sogenannten „Linksradikalismus“. Noch weiter geht die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ in ihrer Ausgabe vom 22. Februar 1950. Sie schreibt unter der Überschrift „Schafft eine Instanz für politische Vergehen“:

„Immer dringender wird die Errichtung eines Gerichtshofes, der eine Handhabe zum Schutze der Verfassung ist. Darüber

hinaus sollte man sich aber nicht scheuen, auch in Deutschland ein politisches Kollegium aus Mitgliedern des Bundestags und des Bundesrates zu bilden, ähnlich dem amerikanischen Ausschuss zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe, dem das Recht zustünde, eindeutige politische Fälle an sich zu ziehen und gegebenenfalls mit politischen Strafen zu ahnden.“

Das ganze deutsche Volk muß sich gegen diese Verschwörung der deutschen Reaktion auflehnen und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammenschließen. Den Feinden des Friedens und der Demokratie darf keine Gelegenheit gegeben werden, ihre volksfeindlichen Anschläge durchzuführen.

Auf dem Boden der Nationalen Front

wächst eine mächtige Bewegung zur Sicherung des Friedens und der nationalen Einheit Deutschlands heran. In ihr wird die Bevölkerung Westdeutschlands den Kampf für die Demokratisierung und für den Frieden fortsetzen, bis die Kriegstreiber entlarvt und die Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist. In diesem Kampf für den Frieden und die Einheit werden sich die Kommunisten als die entschiedensten, mutigsten und entschlossensten Verfechter der Interessen der Werktätigen einsetzen. Dieser Kampf wird erfolgreich sein, weil die anwachsende Aktionskraft der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter sich ständig verbreitert und in der großen Kampffront für Frieden und Demokratie alle reaktionären Anschläge, woher sie auch kommen mögen, zer schlagen wird.

Aus dem Leben und dem Kampf der Partei:

Der Kampf gegen die feindliche Ideologie

Zum ersten Abschnitt der Resolution der 14. Tagung des PV — Fragen und Antworten

Auf Wunsch vieler Genossen beantwortet die Abteilung Parteischulung und Parteierziehung des Parteivorstandes in dieser Rubrik von nun an fortlaufend Fragen zu den einzelnen Abschnitten der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes „Ueber die ideologisch-politische Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“. Alle Genossen werden gebeten, Fragen der Resolution, die sie gern beantwortet haben möchten, unter dem Stichwort „Fragen und Antworten“ an die Abteilung Parteischulung und Parteierziehung des Parteivorstandes der KPD, Frankfurt a. M., Gutleutstraße 8—12, einzusenden.

Frage: Warum ist die ideologische Erziehung der Partei, der Kampf gegen die feindliche Ideologie jetzt die wichtigste Aufgabe für die Partei?

Antwort: Es leuchtet jedem Genossen ein, daß die Lösung aller unserer Aufgaben davon abhängt, daß jede Genossin und jeder Genosse von der Richtigkeit der Politik der Partei überzeugt sind. Nur wer von einer Sache überzeugt ist, kann sich mit ganzer Kraft für sie einsetzen, kann andere für diese Sache gewinnen, kann unsere Politik in die Tat umsetzen. Sind aber alle Genossen bereits von der Richtigkeit unserer Politik überzeugt?

Sind alle Genossen in dem Maße, wie man das von uns Kommunisten als den bewußtesten Kämpfern der Arbeiterklasse erwarten muß, überall für diese Politik einzutreten und die Massen des Volkes für sie zu gewinnen? Ist jeder Genosse in der Lage, dem mit den teuflischsten Mitteln der Lüge und Verleumdung stündlich gegen uns geführten Haffeldzug mutig und wirkungsvoll entgegenzutreten?

Wir alle wissen, daß das noch lange nicht der Fall ist. Wir wissen, daß es selbst in solchen Grundfragen unserer Politik, wie unserem Verhältnis zur Sowjetunion, zu den Volksdemokratien, zur Deutschen Demokratischen Republik bei manchen Genossen Unklarheiten gibt. Wir wissen, daß unsere Arbeit auf Schritt und Tritt dadurch gehemmt wird, daß Genossen die Notwendigkeit unserer nationalen Politik nicht verstehen.

Wir müssen also, wenn wir unsere großen politischen Aufgaben erfüllen wollen, alle Unklarheiten in den Grundfragen unserer Politik beseitigen. Wir müssen jeden Genossen befähigen, unsere Politik zu verstehen und sie den sozialdemokratischen, parteilosen, christlichen Werktätigen verständlich zu machen. Wir müssen jeden Genossen ideologisch so festigen,

„daß er in dem Maße, wie die Linie der Partei konsequent durchzuführen, und daß er nicht bei jeder Schwierigkeit, oder wenn der Gegner einen Druck ausübt, sofort ins Schwanken gerät.“ (Walter Ulbricht). Das aber erreichen wir nur, wenn wir die politische Niveau heben, wenn wir die marxistisch-leninistische Einstellung eines jeden Genossen festigen. Das erreichen wir nur durch eine ernsthafte Verbesserung unserer Parteischu-

lungs- und Partei-Erziehungsarbeit, die alle Genossen erfassen und aufs engste mit der Erfüllung unserer wichtigsten politischen Aufgaben verknüpft sein muß.

Aus diesen Gründen heißt es im Kernsatz der Resolution:

„Das beweist, daß die ideologische Erziehung der Partei, der ideologische Kampf gegen feindliche Einflüsse jetzt für die Partei die wichtigste Aufgabe, die Voraussetzung für die Festigung und Weiterentwicklung unserer Partei als Partei des Marxismus-Leninismus und für die erfolgreiche Durchführung ihrer Politik ist.“

Der Marxismus-Leninismus, die unüberwindliche Waffe

Frage: Warum ist die Unterschätzung der revolutionären Theorie, der Lehren des Marxismus-Leninismus so gefährlich?

Antwort: Der Marxismus-Leninismus ist der Kompaß, der die revolutionäre Partei befähigt, der Arbeiterklasse den richtigen Weg zu zeigen und sie zum Siege zu führen. Die Geschichte zeigt uns, daß die Arbeiterklasse nur dort siegen konnte, wo ihre Partei diese unüberwindliche Waffe, den Marxismus-Leninismus, zu meistern gelernt hatte.

Der Grund dafür liegt auf der Hand. Der Marxismus-Leninismus ist von den genialsten Denkern und Revolutionären der Menschheit, von Marx, Engels, Lenin und Stalin geschaffen worden. Er gibt uns eine wirklich wissenschaftliche Darstellung der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, des Klassenkampfes in der Geschichte, der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ihres unvermeidlichen Unterganges und des eben so unvermeidlichen Sieges des Sozialismus. Der Marxismus-Leninismus, als die Klassenideologie der

Wer soll durch das Gesetz geschützt werden?

Worauf kommt es den Verfassern an: Der bestehende Zustand in Westdeutschland mit seiner Marshallplanabhängigkeit, der Blockade des Handels, der daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit und den Vorbereitungen zur Remilitarisierung soll mit allen gesetzlichen Mitteln verteidigt werden.

Das Gesetz der SPD soll die Kräfte stützen, die die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten wollen, die mit allen Mitteln versuchen, den undemokratischen reaktionären Staatsapparat Adenauers weiter zu verstärken. Den sozialdemokratischen Werkstätten muß gerade dies zu denken geben, hat doch Dr. Schumacher in unzähligen Erklärungen den reaktionären Staatsapparat Adenauers stark angegriffen. Derselbe Schumacher, der jetzt durch ein Gesetz Adenauer und seine Helfer beschützen will.

Die SPD-Führung versucht jedoch den Werktätigen einzureden, daß das Gesetz die Verfassung, d. h. den westdeutschen Kolonialstaat gegen die „Feinde der Demokratie“ schützen soll. In Wirklichkeit soll aber mit offensichtlich verteilten Rollen, die westdeutsche Reaktion vor den empörten Massen geschützt werden. Das von Schumacher empfohlene Schutzgesetz würde einer Regierung zugute kommen, in der solche Feinde der Demokratie wie Adenauer und Blücher sitzen, die von Zangen, Pferdengenen, Kost und Lehr und von den Generalen dirigiert wird. Geschützt werden sollen die Manteuffel und die westdeutschen Monopolherren, die mit wachsender Sorge den Kampf für den Frieden und die Einheit Deutschlands verfolgen. Die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter und die Gewerkschaftler müssen sich darum an die Praxis

Zum Tag der roten Armee

„Die erste und grundlegende Besonderheit unserer Roten Armee besteht darin, daß sie die Armee der befreiten Arbeiter und Bauern ist, die Armee der Oktoberrevolution, die Armee der Diktatur des Proletariats.“

Die zweite Besonderheit unserer Roten Armee besteht darin, daß unsere Armee eine Armee der Brüderschaft der Völker unseres Landes ist, eine Armee der Befreiung der unterdrückten Völker unseres Landes, eine Armee der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker unseres Landes.“

Schließlich die dritte Besonderheit der Roten Armee. Sie besteht in dem Geiste des Internationalismus, in den Gefühlen des Internationalismus, von denen unsere ganze Rote Armee durchdrungen ist.“

(Aus der Rede Stalins in der Festsetzung des Plenums des Moskauer Sowjets Februar 1928.)

des Republikenschutzgesetzes der Weimarer Zeit zurückzuerinnern. Auch damals wurde von den sozialdemokratischen Führern behauptet, dieses Gesetz sei nur gegen die Feinde der Republik von rechts gerichtet. Die Feinde der Republik beherrschten aber in der Weimarer Zeit, genau wie heute in Westdeutschland, den Justiz- und Staatsapparat, saßen als Wirtschaftsführer in den Kommandostellen der großen, zum Krieg treibenden Konzerne. Gegen diese Feinde der Demokratie und des Friedens wurden jedoch die Bestimmungen des Gesetzes nicht angewendet. Die reaktionäre Justiz der Weimarer Republik verurteilte sozialdemokratische und fortschrittliche Redakteure mit ihren kommunistischen Kollegen, schützte die Feme-mörder und Terrorbanden der Nazipartei.

Es ist nicht zufällig, daß gerade in diesen Tagen die reaktionäre westdeutsche Justiz, in der nach eigenen Feststellungen der SPD-Führer, sich zu 80—90 Prozent unverbesserte Nazis befinden, gegen fortschrittliche Gewerkschaftler und Redakteure strafrechtlich vorgeht, weil sie gegen das Auftreten Schachts demonstrieren.

Der CDU-Justizminister Sträter in der CDU-SPD-Koalitionsregierung Nordrhein-Westfalen hat im Zuge dieses Vorstoßes der reaktionären Justiz erst in dieser Woche Strafantrag gegen Gewerkschaftler und Betriebsräte aus Bielefeld und die Redakteure der Detmolder KPD-Zeitung „Volksecho“ erhoben, weil sie gegen das Bielefelder Schandurteil gemeinsam mit 30 000 Werktätigen demonstrierten und über diesen Proteststurm der Öffentlichkeit berichteten. Zu gleicher Zeit hat diese Justiz den Erzfascisten Heder, sicherlich nicht ohne Wissen des Bundesjustizministers Dehler, von einem Schleswig-Holsteinischen Gericht freigesprochen.

Wo die wirklichen Feinde der Demokratie sitzen, haben die Maßnahmen der Adenauer-Regierung und die Reden der in Bonn regierenden Parteien anlässlich der Regierungserklärung gezeigt. Von Bonn aus erfolgten die schärfsten Angriffe gegen das polnische tschechoslowakische und österreichische Volk, insbesondere aber gegen den besten Freund des deutschen Volkes, die sozialistische Sowjetunion. Neue Raubzüge gegen den Volksdemokratischen Osten wurden von den Sprechern der Regierungsparteien gefordert und reaktionäre Angriffe gegen das eigene Volk angekündigt und durchgeführt. Justizminister Dehler war es, der in seiner Hamburger Rede die deutschen Imperialisten verteidigte, die schon zweimal unser Volk in die Katastrophe führten.

Justizminister Dehler hat nun in Berlin verkündet, daß es eine der ersten Aufgaben des neugegründeten westdeutschen Verfassungsgerichtshofes sein werde, über die „Verfassungsmäßigkeit der Kommunistischen Partei in Westdeutschland“ zu entscheiden.

Kritik und Selbstkritik — ein Entwicklungsgesetz der kommunistischen Parteien

Dem Organ des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie“ Nr. 9 vom 3. Februar 1950 entnehmen wir nachstehenden Artikel, dessen Studium für jeden Funktionär und jedes Mitglied unserer Partei von größter Wichtigkeit ist.

Die Tätigkeit der revolutionären marxistischen Parteien zur Umgestaltung der Gesellschaft ist auf tiefer wissenschaftlicher Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklungsgesetze begründet. Der Marxismus-Leninismus ist die mächtigste revolutionäre Waffe der proletarischen Parteien.

Die Strategie und Taktik der marxistischen Parteien ist revolutionäre Strategie, ist revolutionäre Taktik, frei von jeglichen Elementen des Abenteuerertums und verantwortungsloser Einstellung gegenüber den Massen.

Den proletarischen revolutionären Parteien, die die große geschichtliche Aufgabe übernommen haben, den Kapitalismus zu stürzen und die neue, sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ist grenzenloser Glaube an die unbezwingbare Macht der Volksmassen eigen. Die genialen Führer des Proletariats, Lenin und Stalin, stellen das Vertrauen zum Volk, den Glauben an das Volk und den ehrlichen, uneigennütigen Dienst am Volk über alles.

Nur solche Parteien, die restlos an das Volk glauben und denen das Volk unbegrenztes Vertrauen schenkt, können die millionenköpfigen Volksmassen zur Revolution führen, die unausbleiblich mit gewaltigen Opfern verbunden ist.

Deshalb unterziehen die marxistischen Parteien mit revolutionärer Furchtlosigkeit alles, was zur Schwächung ihrer Verbundenheit mit dem Volke führt, einer schonungslosen Kritik und Selbstkritik.

Kritik und Selbstkritik sind jene revolutionäre Waffe, jene erprobte Methode,

mit der die marxistischen Parteien alles Fremde, alles Bürgerliche, das noch in ihre Reihen eindringt, schonungslos vertreiben.

Kritik und Selbstkritik sind nur revolutionäre, marxistisch-leninistische Parteien eigen. Die kommunistischen Parteien unterscheiden sich insbesondere dadurch von den reformistischen, sozialdemokratischen, rechtssozialistischen Parteien, daß sie akut gewordene Fragen niemals umgehen, sie nicht vertuschen und nicht verkleinern, sondern stets offen, gründlich und prinzipiell ihre Fehler aufdecken und kritisieren, aus der Kritik und Selbstkritik neue Kräfte, neue Energie für die Verbesserung ihrer Tätigkeit, für ihre Entwicklung schöpfend.

Die bürgerlichen und die rechtssozialistischen Parteien begründen ihre gesamte Tätigkeit auf dem Belügen des Volkes, auf dem Betrug der Volksmassen. Deshalb fürchten sie auch das Volk wie den Tod, deshalb wagen sie es auch nicht, mit ihrer Tätigkeit offen und ehrlich vor das Gericht des Volkes zu treten.

Es ist ganz logisch, daß sich die kommunistischen Parteien nicht als revolutionäre Parteien erhalten können, wenn sie eines der grundlegenden Prinzipien ihrer Existenz, die Kritik und Selbstkritik, in Vergessenheit geraten lassen oder verletzen, denn das würde bedeuten, daß sie ihre Verbindung mit den Massen zerreißen, d. h. die Partei zugrunde richten.

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Führern“, lehrt W. I. Lenin. „Ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsäch-

liche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zuzugeben, seine Ursachen aufzudecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen — das ist das Merkmal einer ernsthaften Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“

Besondere Verantwortung ruht auf den Parteien, die an der Spitze der Staaten stehen, in denen die Diktatur des Proletariats verwirklicht, in denen der Sozialismus aufgebaut wird. Die Lösung der Selbstkritik, erklärte Genosse Stalin, liegt dem Regime der Diktatur des Proletariats zugrunde. Die volkdemokratische Ordnung ist eine Form der Diktatur des Proletariats. In diesen Ländern hängt alles, buchstäblich alles, von der richtigen Politik der kommunistischen Partei ab, die die wichtigste führende Kraft des Staates ist.

Kritik und Selbstkritik sind berufen, den kommunistischen und Arbeiterparteien der volkdemokratischen Länder zu helfen, den Weg der grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltungen unbeirrbar vorwärtszugehen, unermüdet immer neue und neue Erfolge auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues anzustreben und im Kampf gegen die Ueberbleibsel der zerstörten bürgerlichen Lebensordnung, gegen die Ausprägungen des Nationalismus, Kosmopolitismus und sonstiger fäulnisregender Einflüsse der bürgerlichen Ideologie, gegen die Umtriebe der Spione des Imperialismus, welche Maske sie auch tragen mögen, die Menschen im Geist der grenzenlosen Ergebnisse für die Sache des Sozialismus zu erziehen.

Den Kommunisten, den Marxisten-Leninisten sind Dünkel, Hochmut, Ueberheblichkeit, Bürokratismus, Prahlerei, Schmeichelei, Selbstzufriedenheit und Isolierung von den Massen ihrem ganzen Wesen nach fremd. Es gibt jedoch unter den Kommuni-

sten noch so manchen, der schmeichlerischen Lobpreisungen seiner vermeintlichen oder übertriebenen Verdienste willig Gehör schenkt. In einer Flut der Verherrlichung und rückhaltlosen Lobpreisung verlieren solche Kommunisten das Verantwortungsgefühl und geben sich größtem Selbstbetrug über ihre „besondere“, „hohe“, „geschichtliche“ Mission hin. Eine solche Atmosphäre ist für die Feinde die geeignetste. Die Feinde sind stets bereit, sich bei einem Funktionär, der gern Lobhudeleien hört, lieb Kind zu machen, sie nutzen die Eigenliebe solcher Funktionäre aus, um ihre volksfeindlichen Untaten zu verüben.

Die sichersten Mittel zur Heilung ganzer Organisationen und einzelner Kommunisten von solchen dem Kommunismus fremden Eigenschaften sind Kritik und Selbstkritik.

Kritik und Selbstkritik sind berufen, die Kader der in den volkdemokratischen Ländern am Ruder stehenden Parteien vor Selbstgefälligkeit und Selbstberuhigung, Dünkel, Hochmut und Prahlerei zu bewahren, ihnen zu helfen, an die Fragen der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues gründlicher und ernster heranzugehen und die Errungenschaften des Volkes wachsam zu schützen. Kritik und Selbstkritik sind die wichtigsten Methoden der Erziehung und revolutionären Stählung der Parteikader. Ohne Kritik und Selbstkritik sind Stagnation und Fäulnis unausbleiblich.

Die Erfahrungen der KPdSU (B), die beispielgebend ist in der bolschewistischen Entfaltung von Kritik und Selbstkritik, ihre glänzenden Traditionen, ihre heroische Geschichte lehren, daß eine revolutionäre marxistische Partei eine wirkliche Massenpartei werden kann, die in dem Maße, wie die Millionen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu führen, wenn sie sich nicht in ihrer engen Parteischale abkapselt, sich nicht von den Massen isoliert, sondern verständnisvoll auf ihre Stimme hört. Ohne

die Bereitschaft, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von den Massen zu lernen, ohne die Fähigkeit, die Erfahrungen der Massen zu ergänzen, kann es keine richtige Leitung geben.

„Wenn wir Bolschewiki, die wir die ganze Welt kritisieren, die wir — nach den Worten von Marx — den Himmel stürmen, wenn wir um der Ruhe dieser oder jener Genossen willen auf Selbstkritik verzichten, ist es da nicht klar, daß nichts daraus werden kann als der Untergang unserer großen Sache?“ (J. Stalin.)

In den Ländern der Volksdemokratie vollzieht sich der Aufbau des Sozialismus unter den Bedingungen des sich verschärfenden Klassenkampfes. An die Parteien, die am Staatsapparat stehen, schmierern und biederern sich insbesondere die bürgerlichen Elemente an, an ihnen kleben alle möglichen Hochstapler und Gauner, Agenten imperialistischer Nachrichtendienste, die ihre feindseligen Umtriebe mit dem Namen der kommunistischen Partei tarnen wollen.

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens ist speziell daran zugrunde gegangen, sie hat aufgehört, die Partei der Arbeiterklasse Jugoslawiens zu sein, weil die Agenten der imperialistischen Nachrichtendienste, die Spione und Mörder aus der Clique Titos, die sich in der Partei die Führung erschlichen, aus ihr eine Polizeikaserne machten, weil sie durch blutigen Terror und brutale Gewalt die Stimmen der wahren Kommunisten ersticken und in der Partei die stinkende Atmosphäre der Unterwürfigkeit und Kriecherei vor den „unfehlbaren Führern“ geschaffen haben, die in Wirklichkeit geschworene Feinde des jugoslawischen Volkes sind.

Jede revolutionäre marxistische Partei ist also verpflichtet, besondere Wachsamkeit an den Tag zu legen, ihren Mitgliedern gegenüber streng und anspruchsvoll zu sein und mit besonderer Kraft ständig Kritik und Selbstkritik zu üben.

Die Partei baut sich ihr Haus

Genossen, es gilt zu handeln!

Der erste Schritt ist getan! Das Grundstück für unser neues Parteihaus im Herzen Deutschlands ist herangezogen!

In vier Wochen müssen wir mit der Bezahlung beginnen!

Durft der Parteivorstand so handeln? Es gilt schnell zuzugreifen! Es gilt schnell zu bauen! Worauf kann sich der Parteivorstand stützen? Allein auf eure Solidarität! Die Kraft unserer gemeinsamen Aktion wird Bauplatz und Aufbau gänzlich sichern und



keine Schulden aufkommen lassen.

Folgt dem Beispiel der Genossen in Darmstadt, welche auf ihrem Referenten-Lehrgang 50,80 DM sammelten und auf das Baukonto überwiesen.

Folgt dem Beispiel der vielen treuen Genossen, die ihre Kampfspenden per Post einsandten. Hast auch Du schon die Sondermarken vertrieben und geklebt? Es gilt mehr Beispiele zu schaffen! Es gilt zu handeln!

Parteivorstand
KPD

Dr. Wittenbeck im Musensaal

Dr. Wittenbeck ist ein Hexenmeister. Er brachte fertig, was bisher keine Partei, keine irgendwie geartete Vereinigung, noch sonst jemand fertig brachte. Er hatte für seinen doch trübsalvoll wiederholten Vortrag über „Die Frau in den Wechseljahren“ einen dicht gefüllten Saal voll Frauen.

Frauen jeden Alters, die sonst sicherlich zum größten Teil den Dingen des öffentlichen Lebens sehr uninteressiert gegenüberstehen, hörten die sehr verständlichen, mit Humor gewürzten wissenschaftlichen Ausführungen des bekannten Gynäkologen an. Tatsächlich war es für jede Frau aufschlußreich, zu hören, auf welche Ursachen sowohl Störungen in den Wechseljahren, wie auch der verspätete Abschluß derselben zurückzuführen sind, und daß die Frau in diesen Jahren sich manchmal in viel größerer Gefahr befindet, als sie selbst ahnt. Hitze, Hautjucken, Migräne, Gefäßschmerzen, Flimmern vor den Augen, sind wohl die bekanntesten Erscheinungen. Nicht selten kommen geistige Störungen vor. Das Zusammenleben in diesen Jahren ist oft auf eine harte Probe gestellt, wenn man berücksichtigt, daß eben diese nervösen Ausbrüche organische Ursachen haben.

Sehr ernst wies Dr. Wittenbeck auf die Gefahren hin, die, von den meisten unbeachtet, zu Krebs führen, oft viel zu spät erkannt, weil die Symptome dafür denen der Menstruation sehr gleichen. Er ermahnt die Frauen, doch möglichst einmal im Jahr sich einer genauen, gründlichen Untersuchung zu unterziehen, um solchen Schäden vorzubeugen. Mit Lichtbildern machte Dr. Wittenbeck seinen Vortrag ungemein lebendig.

Nachrichten des Gewerkschaftsbundes

Heidelberg. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Heidelberg, teilt mit, daß am Donnerstag, den 2. 3. 1950 abends um 18 Uhr im Hörsaal der Nervenklinik, Voß-Str. 2, ein arbeitsrechtlicher Kursus mit dem Thema: „Arbeitsvertragsrecht — Tarifvertragsrecht“ stattfindet. Der Kursus wird von Arbeitsgerichtsrat Ringer zusammen mit Fräulein Dr. Hilger geleitet.

Am Freitag, den 3. 3. 1950 nachmittags 16 Uhr findet eine große öffentliche Jugendkundgebung im Hotel „Schwarzes Schiff“ mit dem Thema: „Der Kampf der Gewerkschaften für die Rechte der arbeitenden Jugend“ statt. Hierzu sind alle Jugendlichen bis zu 25 Jahren eingeladen.

Im Sekretariat des Ortsausschusses Heidelberg ist eine sehr gut zusammengestellte Lohnsteuer-Broschüre zum Preis von 0,45 DM erhältlich, ebenso ist die dritte Auflage der Broschüre „Lexikon des Arbeitsrechts“ zum Preis von 1,50 DM eingetroffen.

Schifferstadter „Rettichfest“ findet doch statt. Schifferstadt. (Wvb.) Das traditionelle Schifferstadter „Rettichfest“ wird nun doch stattfinden. Trotz des Widerstandes des evangelischen und der zwei katholischen Pfarrämter des Ortes hat sich der Gemeinderat vor kurzem in geheimer Abstimmung mit 21 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung für die Abhaltung des Festes zu Pfingsten ausgesprochen.

Das Strebelwerk zahlt lieber

Eintreten für höhere Löhne Entlassungsgrund — Man wollte einer Blamage vorbeugen

Mannheim. -bu- Vorgestern sollte vor dem Arbeitsgericht ein Verfahren gegen die Firma Strebelwerk GmbH Mannheim stattfinden. Kläger war der vor einiger Zeit mit fadenscheiniger Begründung aus der Firma entlassene Schlosser Willy Kümmerling.

Kurz vor der Verhandlung trat jedoch ein Vertreter der Firma ein, der den Kläger beiseite nahm und diesem, ohne die Angelegenheit zuerst vor das Arbeitsgericht bzw. vor die Öffentlichkeit zu bringen, eine Vergleichssumme anbot, die der Kläger auch annahm.

Welche Hintergründe hat nun diese plötzliche, nachgiebige Haltung einer Firma, die doch sonst, wenn es um die Zahlung der Akkordlöhne geht, nicht gerade als freigeizig bezeichnet werden kann? (Der vor kurzem stattgefunden Warnstreik der in der Gießerei dieser Firma beschäftigten Arbeiter dokumentiert diese Tatsache wohl am deutlichsten.)

Interessant ist es zunächst einmal, die verschiedenen Anschuldigungen unter die Lupe zu nehmen, die die Firma Strebelwerk gegen den Kläger erhoben hatte und die angeblich dessen Entlassung rechtfertigen sollten. Natürlich beginnt man, wie üblich in solchen Fällen, damit, daß man dem Entlassenen mangelhafte Arbeit, Versäumnis der Arbeitszeit u. a. m. in die Schuhe schiebt. (Man berief sich hier auf das Zeugnis des in der gleichen Abteilung beschäftigten Arbeiters Bühler, das jedoch nicht ganz hieb- und stichfest sein dürfte, insbesondere im Hinblick darauf, daß man es unterließ, diesen Zeugen vor das Arbeitsgericht zu bringen.) Dies nebenbei. Der Kläger hat jedoch nach Meinung der Betriebsleitung eine „ausgesprochen parteipolitische Tätigkeit betrieben und dadurch die Betriebsruhe gestört.“ (!) Er soll auch im Betriebe (welch ein unerhörtes Verbrechen!) die Zeitung „Badisches Volksecho“ verkauft haben. Ob dies nun fünf Minuten vor oder nach Beginn der Arbeitszeit geschehen ist, sind Haarspaltereien, die man auch klugerweise unterließ durch den Aufmarsch von Zeugen weiterhin auszuschlichten, da man sich damit höchstwahrscheinlich eine blamable Blöße gegeben hätte.

Überhaupt riecht diese ganze Affäre nach einer Blamage ersten Ranges, die man sich im Falle einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht unweigerlich zugezogen hätte. Mit solchen lendenlahmen Argumenten zu operieren, hätte bedeutet, den ohnehin in Arbeiterkreisen gefährdeten Ruf der Firma noch mehr in Frage zu stellen.

Als sehr bezeichnend für die Haltlosigkeit der angeblichen Entlassungsgründe ist der dem Kläger gemachte Vorwurf, er habe gegenüber dem Betriebsrat Kühner die Forderung nach der Ausarbeitung neuer Akkorde für die Bearbeitungsmaschinen der Strebel- und Caminglieder erhoben und dabei auf die Möglichkeit des Streikes hingewiesen. Da bleibt einem doch die Spucke weg! Wenn ein Arbeiter also für höhere Ak-

„Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei.“

Wenn hinten, weit in der Türkei Die Völker aufeinander schlagen.“ So läßt Goethe im „Faust“ beim Osterspaziergang den deutschen Spießherren sprechen, der sich nicht darüber Rechenschaft gibt, daß der Krieg immer und überall ein furchtbar schrecklich Unglück ist, und daß kein Volk und kein friedliebender Mensch sich sicher fühlen kann, auch wenn die Kriegsflagge noch so weit entfernt lodert. „Hinten weit in der Türkei“, das gibt es im Zeitalter der Flugzeuge mit Schallgeschwindigkeit und der Atombomben nicht mehr und wie rasch ein Kriegsfunkel einen Weltbrand von Pol zu Pol entfachen kann, das haben ja die beiden letzten Weltkriege gezeigt.

Das Spiel mit dem Feuer ist verbrecherisch und das Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, das heute wieder die Welt erfüllt, darf uns gebrannte Kinder nicht so gleichgültig lassen wie jenen geruhsamen Bürger, den uns Goethe schildert. Mustern wir eine gewisse Sorte von Zeitungen und Zeitschriften in den Kiosken, so fallen uns die marktschreierischen Schlagzeilen über die „Kriegsgefahr“ auf. Eine Zeitschrift kündigt sogar in einem großen Plakat als Thema ihrer nächsten Ausgabe an: „Ist ein Krieg mit Sowjetrußland unvermeidlich?“ Von ihrem amerikanischen Rußland-Experten Nr. 1. Wir kennen diese Methode von Goebbels Zeiten her noch zu ge-

Die Heidelberger Arbeiterwohlfahrt

Bericht über die Leistungen des letzten Jahres — Bierhelderhof bald wieder AW-Erholungsheim

Heidelberg. Die Heidelberger Arbeiterwohlfahrt kann auf ein Jahr stolzer Erfolge zurückschauen. Das beweisen die auf der Jahreshauptversammlung angegebenen Zahlen, nach denen allein 335 Kinder im Monat August in die Tiergarten-Erholung der Arbeiterwohlfahrt geschickt wurden, wobei 9380 Mahlzeiten ausgegeben wurden. 536 Kinder waren jeweils 19 Tage im Kinderheim Neidelsbach, und dort wurden 16184 Mahlzeiten verabreicht. Aber auch im Haus der Arbeiterwohlfahrt in Heidelberg wurden täglich Schülerleistungen vorgenommen, und außerdem konnten an Durchreisenden und Heimkehrern im letzten Jahr 4520 Essen verteilt werden. In den beiden Kinderheimen und den zwei Kinderhorten wurden täglich 177 Kinder betreut. Hier brachte man es auf 40 800 Essen. Die Weihnachtsbetreuung erstreckte sich auf 1030 Kinder. Das alles kostet selbstverständlich viel Geld. Dieses wurde durch Listensammlungen aufgebracht und dabei 2768 DM an Geld- und Sachspenden im Werte von etwa 1000 DM, sowie Spielwaren im Werte von 250 DM gesammelt.

Eine besonders erfolgreiche Einrichtung ist die Nähstube. Mit ihren vier Nebenstellen verfügt sie jetzt über 28 Nähmaschinen, und im vergangenen Jahr waren es nicht weniger

nau. Sie mahnt uns, im Verein mit den anderen untrüglichen Anzeichen, daß Gefahr im Verzuge ist, und daß die Freunde des Friedens sich sammeln und zu Genaktionen übergehen müssen, um die Front des Friedens unüberwindlich zu machen.

In Mannheim hat es die „Deutsche Friedensgesellschaft“ übernommen, diese Front für den Frieden zu organisieren und auf einer Tagung aller Friedensfreunde am kommenden Freitag ein Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland zu bilden. Wir hatten Gelegenheit, an den Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft in Mannheim, Umstätter, einige Fragen in Bezug auf Zusammensetzung und Arbeitsweise dieses geplanten Komitees zu richten.

Frage: Was hat die Deutsche Friedensgesellschaft bewogen, auch in Mannheim engeren Kontakt und gemeinsames Vorgehen aller Friedensfreunde anzustreben? Antwort: Die Bevölkerung eines so bedeutenden Industriezentrums und einer Arbeiterstadt wie Mannheim weiß aus Erfahrung, was sie in einem neuen Krieg zu erwarten hat und sie wird daher bei allen Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens in vorderster Linie stehen.

Frage: Welche Institutionen und Organisationen sollen in der Friedensfront mitwirken? Antwort: Alle friedenswilligen Kräfte müssen aufgerufen werden, um die Stoßkraft der Friedensbewegung so stark wie irgendmöglich zu machen. Deshalb richtet sich die Einladung an die Betriebe und

als 6250 Personen, die sie aufsuchten. Bei der Ende des vergangenen Jahres stattgefundenen Ausstellung der Nähstube, die in vorbildlicher Weise von Frau Berta Böning geleitet wurde, sind 1395 DM eingegangen, während die Ausgaben nur 400 DM betrugen. Nach der Wahl des Vorstandes, der einstimmig in seiner Gesamtheit wiedergewählt wurde, konnte der zweite Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß demnächst das Bierhelderhof-Erholungsheim wieder eröffnet werden könne, nachdem die Verhandlungen mit dem Amt für Wiedergutmachung unmittelbar vor ihrem Abschluß ständen. -xu-

So sieht Maiers Verwaltungsreform aus

Statt Abbau ist die Zahl der Beschäftigten in einem Vierteljahr um 833 gestiegen

Stuttgart. (Eig. Ber.) In einem Brief des Ministerpräsidenten an den Württemberg-Badischen Landtag muß zugegeben werden, daß die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen vom 30. September 1949 bis 31. Dezember 1949 um weitere 833 gestiegen ist. Es wurden zwar 1525 Personen unter irgendwelchen Begründungen entlassen, doch wurden auf der anderen Seite zur gleichen Zeit 2338 neu eingestellt, so daß nicht nur eine Steigerung der Beschäftigten zu verzeichnen ist, sondern diese auch wesentlich anders zusammengesetzt sind.

Welcher Art diese Veränderung ist, geht aus folgendem hervor: Bei den Entlassungen waren 933 vom Entnazifizierungsgesetz nicht betroffen; aber bei den Neueinstellungen waren 1489 belastet. So sieht also die Verwaltungsreform der Regierung Maier aus. Die Staatsangestellten und Arbeiter, die seit 1945 den nationalsozialistischen Dreck beiseite räumten, werden jetzt wieder ausgebootet. Das nennt sich dann Maier'sche Demokratie.

Gewerkschaften, an die Vereinigungen der Kriegsgesellen, die Frauenverbände und Jugendorganisationen, an die kulturellen Vereinigungen und religiösen Gemeinschaften. Die Dekanate der Konfessionen sind eingeladen und auch die Parteien.

Frage: Welche Bedeutung wird der Mitwirkung der Frauen-Organisationen beigemessen? Antwort: Die Frauen sind der wichtigste Teil in der Friedensfront. Sie trifft ja auch jeder Krieg am schwersten, wenn er ihnen den Ehegatten und die Kinder raubt. Je größer die Entschlossenheit und Leidenschaftlichkeit ist mit der die Frauen und ihre Organisationen sich für die Erhaltung des Friedens einsetzen desto geringer wird die Kriegsgefahr.

Frage: Sollen auch die Sportverbände mitmachen? Antwort: Wie die Jugend und ihre Organisationen im allgemeinen die Pioniere der Friedensbewegung sein sollen, so fällt hierbei auch dem Sport eine wichtige Rolle zu. Waren es doch gerade die Sportler, die nach einem Krieg die freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen zwischen ehemals „feindlichen“ Völkern zuerst wieder anbahnten.

Frage: Wie ist die Arbeit der Friedensfront in Mannheim gedacht? Antwort: Die Bevölkerung muß über die Ursachen, die zu Kriegen führen und geführt haben, sowie über die Gefahr der Kriegshetze und militaristischen Propaganda aufgeklärt werden. Die Friedensfront muß in machtvollen Demonstrationen an die Öffentlichkeit treten, wenn immer sich Remilitarisierungsbestrebungen und Kriegshetze bemerkbar machen. Man wird diese Initiative der Deutschen Friedensgesellschaft nur begrüßen und ihr vollen Erfolg wünschen können. Unter den verlogenen Parolen, mit denen in der militaristisch-kapitalistischen Gesellschaft die Menschen willfährig gemacht und irregeleitet wurden, war die eine besonders verhängnisvoll, der vom antiken Rom übernommene Spruch: „Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor.“ Diese antike „Weisheit“ war noch stets die Begründung für das Wettrüsten, dessen Folge dann unvermeidlich der Krieg war. Wer aber wirklich den Frieden will, der soll nicht den Krieg vorbereiten, sondern alles tun, um den Frieden zu erhalten. Die wahren Friedensfreunde in der ganzen Welt haben das erkannt und sie werden auch in Mannheim tatkräftige Helfer bei ihrem großen Werk finden.

Unterhaltshilfe für März

Heidelberg. Das Amt für Soforthilfe teilt mit, daß infolge Verzögerung in der Zuweisung der erforderlichen Geldbeträge auch in diesem Monat die zustehende Unterhaltshilfe ausnahmsweise einige Tage später zur Auszahlung gelangt.

NATIONAL-THEATER MANNHEIM

Spielplan vom 5. bis 13. März 1950

- So., 5. März Eintrittspreise 0,50-3,00 DM
9. Morgenveranstaltung, Tanz-Matinee, Tänze nach Musik von Gluck, Weber, Strawinsky und Dvorak, Tanzgruppe und Orchester des Nationaltheaters.
Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12,15 Uhr.
„Die Walküre“, Erster Tag aus „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner.
Anfang 18 Uhr, Ende etwa 22,30 Uhr.
„Geisterkomödie“ von Noel Coward.
Anfang 19,30, Ende etwa 22 Uhr.
„Die Räuber“, Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.
Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22,30.
„Walzerzauber“, Operette von Willy Werner Göttig, Musik von Johann Strauß.
Anfang 19,30, Ende etwa 22 Uhr.
„Tannhäuser“, Oper von Richard Wagner.
Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22,30 Uhr.
In neuer Inszenierung: „Der zerbrochene Krug“, Lustspiel in 1 Aufz. v. Hch. v. Kleist.
Hierauf: Zum ersten Male: „Der grüne Kakadu“, Grotteske in 1 Akt v. Arthur Schnitzler.
Anfang 19,30, Ende etwa 22 Uhr.
„Rigoletto“, Oper von Giuseppe Verdi.
Anfang 19,30, Ende etwa 22 Uhr.
10. Morgenveranstaltung: „Ricciò“, Oper in einem Aufzuge von Erich Riede, nach der Dichtung von Martha Wertheimer, vorher: Konzert für zwei Orchester von Curt Gebhard.
Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12,30 Uhr.
„Die Fledermaus“, Operette v. Joh. Strauß.
Anfang 19,30, Ende etwa 22,30 Uhr.
Mo., 13. März
Miete C Nr. 10 u. freier Verk.
„Der zerbrochene Krug“, Lustspiel in 1 Aufzuge v. Hch. v. Kleist.
Hierauf: „Der grüne Kakadu“, Grotteske in 1 Akt v. Arthur Schnitzler.
Anfang 19,30, Ende etwa 22 Uhr.

Für das am 14. 3. und 15. 3. stattfindende Gastspiel Marika Röck mit Ensemble mit dem Programm „2 Stunden für Dich“ beginnt der Vorverkauf für Inhaber von Mieten am Montag, den 6. März, an der Theaterkasse K 1, 5, gegen Vorlage des Mietausweises. Allgemeiner Verkauf ab Donnerstag, den 9. März, an der Theaterkasse. Schriftlich und telefonisch bestellte Karten müssen bis spätestens Sonntag, den 12. März um 13 Uhr abgeholt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeholte Karten werden in den Verkauf gestellt

Aus dem Parteileben

Versammlungen der KPD, Kreis Mannheim Neckarstadt-West. Funktionärsitzung am Donnerstag, 2. März, 19 Uhr. Lokal: „Goldene Schlange“, Mittelstraße.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Jöhlingen. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr bei Strobel Mitgliederversammlung. Referent: E. Weingärtner.

Wössingen. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Linde“ Mitgliederversammlung. Referent: L. Hofmann.

Berghausen. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr bei Schrodl Mitgliederversammlung. Referent: B. Riedinger.

Bretten. Am Donnerstag, den 2. 3. um 20 Uhr im „Lamm“ Mitgliederversammlung. Referent: A. Betz.

Karlsruhe-Südwest. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr im Schrempf'schen Bierkeller Mitgliederversammlung.

Karlsruhe-Mühlburg. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, in der „Brunnenstube“ Mitgliederversammlung. Referent: H. Kellar.

Karlsruhe-Oststadt. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, im „Georg Friedrich“ Mitgliederversammlung.

Thema bei allen Mitgliederversammlungen: Diskussion zur Resolution des Parteivorstandes.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Meckesheim. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr Mitgliederversammlung. Referent: H. Holle.

Balatal. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr Mitgliederversammlung. Referent: H. Gieser.

Waldorf. Am Donnerstag, den 2. 3. 1950 um 20 Uhr Mitgliederversammlung. Referent: K. Noe.

Thema bei allen Mitglieder-Versammlungen: Die Resolution der PV.

Heidelberg-Mittelstadt. Freitag, 3. 3. 50, 20 Uhr, „Neckarstaden“ außerordentliche Mitgliederversammlung.

Galberg. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: H. Gieser.

Handschuhsheim. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: K. Noe.

St. Ilgen. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: H. Holle.

Thema bei allen Mitgliederversammlungen: Die Resolution der 14. Tagung des PV.

Wiesloch. Am Samstag, den 4. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Pfalz“. Referent: Karl Noe. Thema: Politik im Musterland: Korruptionssumpf — Entnazifizierungsschwindel — Massenarbeitslosigkeit.

Öffentliche Versammlungen

Eberbach. Am Samstag, den 4. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Rose“. Referent: Willi Kollmann. Thema: Politik im Musterland: Korruptionssumpf — Entnazifizierungsschwindel — Massenarbeitslosigkeit.

Öffentliche Versammlung

Bad Rappenau. Am Samstag, den 4. 3. 1950 um 20 Uhr. Referent: E. Mann. Thema: Was brachte uns die Bonner Regierung.

Veranstaltungen der KPD Pforzheim

Stadtteil Süd. Am Donnerstag, 2. 3. 50, um 20 Uhr im Parteibüro Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Bachmann. Thema: „Die ideologische Festigung der Partei“.

Veranstaltungen der KPD Pforzheim Singen. Am Samstag, den 4. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Krone“ Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Bachmann. Thema: Die ideologisch-politische Festigung der Partei.

Billig! Billig! Einzel-Möbel. Büffett o. Aufs., Eiche, 125,-, Kommode, roh, 86,-, Liege-Couch, verll., 85,-, Schreibtisch, Eiche 120,-, Auszugstisch 55,-, Küchenbüffett, 180 cm, 190,-, Vitrine, roh, 145,-, Regal mit Schiebglas 78,-. Hch. Baumann & Co. Qu 5, 1 MANNHEIM Q 5, 4

D-Zug-Messe in Mannheim vom 1. - 5. März. Besuchen Sie unseren Stand im Wagen Nr. 9. Willst Du rhone Boden haben Nimm nur Loba mit dem Raben

Klischee Gebrüder Müller MANNHEIM, H 7, 29, Tel. 536 81

Diedesfelder Weißwein Liter 1.40 guter, preiswerter Tischwein. Wermutwein gute Qualität Fl. o. Gl. 1.65 Ital. Muskat feiner Süßwein Fl. o. Gl. 2.95 WEIN-PFEIFFER TELEFON 447 91 T 1, 3a (Breite Straße) G 3, 9 (Jungbuschstraße) Schwetzingenstr. 27, Seckenheimerstr. 110, Rheinau, Stengelhofstr. 4

„Die Stimme Amerikas“ über US-Radiostationen

Dr. Alfred Kantorowicz, der bekannte Schriftsteller und Journalist, stand während der Hitlerjahre in den vordersten Reihen des antifaschistischen Kampfes. Als Redakteur der Deutschen Freiheitsbibliothek in Paris hat er sich besondere Verdienste um die Rettung antifaschistischer deutscher Bücher erworben. Er leistete im Schutzverband deutscher Schriftsteller im Exil in Paris hervorragende Dienste für die Sache der freien deutschen Literatur. Dr. Kantorowicz war während des Krieges in New York bei der Rundfunkgesellschaft Columbia Broadcasting System (CBS) in der Auslandsnachrichtenabteilung tätig.

Reporter: Herr Kantorowicz, es wäre interessant, von Ihnen über Ihre Erfahrungen, die Sie drüben beim amerikanischen Radio gemacht haben, einige Einzelheiten zu hören.

Kantorowicz: Wissen Sie, das amerikanische Radio ist so grundsätzlich verschieden vom deutschen und überhaupt europäischen, daß es schwierig ist, in ein paar Worten zu erklären, wie anders der Radiobetrieb dort drüben vor sich geht. Die Rundfunkgesellschaften, deren es sehr viele in Amerika gibt, sind Privatunternehmen. Da sie von ihren Hörern kein Geld bekommen, so sind sie aufgebaut ausschließlich auf Einnahmen der Werbetreibenden für die großen, zahlungskräftigen Firmen des Landes, die ihre Werbung durch Radioansagen oder Radiosendungen machen. Alle Radiosendungen in Amerika sind daher nur ein Mittel, möglichst viele Hörer auf die verschiedenste Weise anzulocken, sich auch die betreffende Werbung für ein Seifenpulver, ein Haarwasser, ein Kaufhaus, eine Zigarettenfirma, eine Automobilfabrik oder Lebensmittelgroßhandlung usw. mitanzuhören. Zum Beispiel, wenn Madame Roosevelt spricht, kann auch sie nur im Rahmen irgendeiner gekauften Sendung sprechen. Sie muß sich dann selbst unterbrechen und muß sagen: Diese Sendung ist Ihnen übermittelt worden von der Firma Sowieso — und nun wird jemand für die Firma Sowieso, für das Produkt dieser Firma hier am Radio werben. Und erst dann kann Frau Roosevelt oder wer immer es auch sei, in ihrem Vortrag fortfahren.

Reporter: Das ist eigentlich so erstaunlich, daß wir uns davon kaum eine Vorstellung machen können. Sagen Sie, Herr Kantorowicz, gibt es überhaupt einzelne Rundfunkstationen in Amerika oder eine Gruppe von

Rundfunkstationen, die mit unseren vergleichen werden können?

Kantorowicz: Nein, in Amerika zweifellos nicht. Es gibt zwar die offiziellen amerikanischen Radiosendungen, die Propagandasendungen der Regierung, die gar nichts mit dem üblichen Radiobetrieb zu tun haben. In Amerika selbst gibt es nur Radiosendungen auf privatkapitalistischer Grundlage als ein Mittel der Massenbeeinflussung im Sinne der direkten Auftraggeber, d. h. im Sinne der betreffenden Firma, die für ihre Produkte anzeigt. Darauf ist der ganze Radiobetrieb in Amerika aufgebaut, und das ist dieser ungeheure und nahezu unfaßbare Unterschied zu allen Radiosendungen, die wir hier in Europa hören können.

Reporter: Herr Kantorowicz, Sie sagen, der ganze Radiobetrieb ist darauf aufgebaut. Ich könnte mir vorstellen, daß natürlich eine

Firma ein Musikprogramm oder ein leichtes Unterhaltungsprogramm oder irgend etwas sehr Oberflächliches senden kann. Aber bezieht sich dies auch auf die politische Arbeit der Rundfunkstationen?

Kantorowicz: Ja, das trifft auf alles zu.

Auch die politischen Kommentare werden von Firmen bezahlt. Sehen Sie, ich möchte Ihnen an einem einzigen Beispiel zeigen, wie diese Art von Werbung, auf die der gesamte amerikanische Radiobetrieb aufgebaut ist, beschaffen ist. Da gibt es einen sogenannten „Kommentator“, der jeden Abend von 7 Uhr bis 7 Uhr 15 für einen der gigantischen amerikanischen Radiokonzerte einen politischen Kommentar der Tagesereignisse spricht. Der Mann beginnt allabendlich seinen sogenannten „Politischen Kommentar“ mit den Worten: Dieser Kommentar ist gesponsort, das heißt bezahlt und gekauft worden von der und der

Haarwasserfirma, die Vorzüge dieses Haarwassers sind in der Tat ganz unvergleichlich. — Als nun das erschütternde Ereignis des Atombombenabwurfes auf Hiroshima bekannt wurde, gab dieser Mann in seiner üblichen pathetischen Tonart eine Beschreibung des Grauens und Entsetzens, das diese durch kosmische Naturgewalten atomisierte Stadt befallen hatte, in der damals nach offiziellen Ziffern 210 000 Menschen durch den Atombombenabwurf umgekommen waren. Dann fuhr er in dem gleichen pathetischen Tonfall, vielleicht noch eine Nuance pathetischer, in seinem Vortrag fort: Aber, meine Damen und Herren, die durchschlagende Wirkung der Atombombe in Hiroshima ist nichts im Vergleich mit der durchschlagenden Wirkung des Hair Tonic, das Ihnen diese Sendung bringt. Versuchen Sie jetzt die kleine Flasche zu 60 Cent und die große zu 85 Cent. Try it now — kauft sie jetzt gleich. Und dann fuhr er fort, das Grauen und Entsetzen einer atomisierten Großstadt zu beschreiben.

Reporter: Und den amerikanischen Geschäftsleuten macht es nichts aus, die 60 und 85 Cents für ihr Haarwasser im gleichen Atemzug zu nennen mit den 210 000 Opfern des Atombombenabwurfes von Hiroshima?

Kantorowicz: Nein, das sind die Gewohnheiten und das sind die Praktiken.

(Entnommen der hochaktuellen Sendereihe „Die Wahrheit über Amerika“. Zu hören über Deutschlandsender sonntags, mittwochs und freitags jeweils um 18.40 Uhr, den Berliner Rundfunk sonntags ebenfalls 18.40 Uhr, dienstags und donnerstags jedoch 20.40 Uhr, während der Mitteldeutsche Rundfunk Leipzig die Sendung am gleichen Tage und zur selben Zeit wie der Deutschlandsender bringt.)

An alle Hörer des Berliner Rundfunks! (Deutschlandsender)

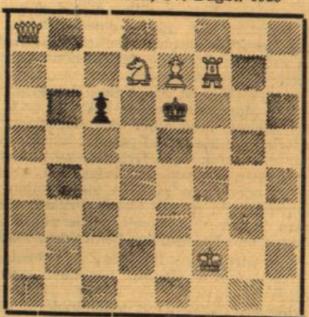
Der Deutschland-Sender stellt jetzt seinen Sendepfad für die Sommermonate 1950 auf. Er wendet sich deshalb an seine Hörer in Westdeutschland mit der Bitte, ihrerseits Vorschläge zur Ausgestaltung des Sendepfades zu machen. Dabei soll folgendes berücksichtigt werden:

1. Sollen die bisherigen Sendereihen in ihrem Inhalt bestehen bleiben?
2. Sollen die Sendezeiten bleiben oder geändert werden?
3. Soll die Länge der Sendungen verändert werden?
4. Die Hörer mögen Vorschläge nach Form und Inhalt für neue Sendungen machen.

Die Einsendungen dieser Vorschläge, die mit der Hörerkritik verbunden werden soll, müssen bis spätestens 4. März in den Händen der Sendeleitung des Deutschlandsenders, Berlin, Masurinallee sein.

Schach- und Rätsellecke

O. G. Lauritzen, Sv. Dagbl. 1929



Matt in drei Zügen

Kontrollstellung

Weiß: K2, D8, T7, L7, S7, D7 (5).

Schwarz: K6, B6, C6 (2).

Lösung zur Aufgabe Nr. 37 (Loyd)

1. a8L, Kf8 (Ke8, Kg8)

2. b8D + (Ke6, Kg6)

Eine Umwandlung, die widersinnig erscheint, weil sich die umgewandelte Figur selbst einsperrt.

Frauen-Schachweltmeisterschaft 1950 in Moskau

Das gigantische Ringen um die Frauen-Schachweltmeisterschaft ging zu Ende, und hierin zeigte es sich, daß die Sowjetunion auch bei den Frauen die führende Schachnation der Welt ist. Die ersten vier Plätze

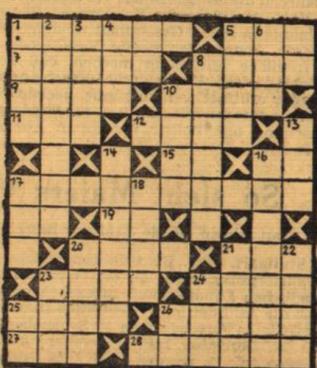
Jeder junge Deutsche fährt zum Deutschlandtreffen

wurden von Russinnen belegt. Die Meisterin in diesem großen Ringen wurde die 46jährige Lyudmila Rudenko mit 11,5 Punkten. Ihr folgten mit 10,5 Punkten Olga Rubzowa, mit je 10 Punkten Belowa und Bykowa, an fünfter bis siebenter Stelle steht die Engländerin Trimmer. Ihr folgte Edith Keller, Deutschland, und die Französin de Silans mit je 9,5 Punkten. Außerdem nahmen noch neun Teilnehmerinnen aus den europäischen und überseeischen Ländern teil.

Unser Kreuzworträtsel

Waagrecht: 1. Bullrichsalz, 5. Wundzeichen, 7. Doppelsatz, 8. Sagenheld, 9. Gewürz, 10. geistesabwesend, 11. Mineral, 12. Sohn Isaks, 15. Schmerzenslaut, 17. Vergnügungstätte auf dem Rummelplatz, 19. Flächenmaß, 20. deutscher Strom, 21. Verwandter, Kosenamen, 23. Singspiel, 24. weibl. Vorname, 25. im MA. Befugnis, Gebote zu erlassen, 26. Stadt in Belgien, 27. Papageiennamen, 28. Körperorgan.

Senkrecht: 1. Teil des Gesicht, 2. König der Westgoten, 3. rhythm. Körperbewegung, 4. worauf ein Mensch besonderen Wert legt, 5. Vulkan in O-Afrika, 6. (engl.) Bier, 8. Frucht des Weinstocks, 10. Nebenfluß der Donau, 13. Nebenfluß der Donau, 14. großer russischer Politiker, 16. antike Stadt an der N-Küste Afrikas, 17. Speisefisch, 18. Nachlaß, 20. weibl. Vorname, 21. Schwanzlurche, Mehrzahl, 22. Schweizer Nebenfluß des Rheins, 23. Nebenfluß des Rheins aus der Schweiz kommend, 24. (franz.) Wasser, 25. chemisches Zeichen für Barium, 26. Abkürzung für Nummer. ii = ue.



Auflösung unseres letzten Rätsels

Waagrecht: 1. Trog, 3. Talg, 5. Léhar, 8. Rau, 10. Tor, 12. eng, 13. Hamborn, 14. Alt, 15. Gas, 17. Ara, 19. Nagel, 20. Ekel, 21. Raps.

Senkrecht: 1. Tant, 2. Ger, 3. Tau, 4. Grog, 6. Hamburg, 7. Dohle, 9. Annam, 11. Rat, 12. Erg, 14. Abbe, 16. Sais, 17. Aal, 18. Aer.

„Quergefunktes“

Die Hörer des Deutschlandsenders wissen Bescheid: Aha, jeden Freitag von 20.30 Uhr bis 20.45 Uhr. Das ist eine Sendung, die man nicht verpassen darf!

Diese Sendung ist ein musikalisches Kurzkabarett von 15 Minuten Dauer. Schlaglichtartig werden die kleinen und großen politischen Probleme beleuchtet und kabarettistisch kommentiert. Der Knalleffekt aller dieser Sendungen sind die „Songs“. Bei diesen handelt es sich um moderne Schlager, deren Texte kaum verändert werden, die aber durch gewisse kleine Änderungen einen anderen, politischen Sinn erhalten.

Der Deutschlandsender hat mit dieser Sendung und besonders mit den „Songs“ sehr gute Erfahrungen gemacht. Zahlreiche Hörerbriefe zeigen, daß sich Quergefunktes einer großen Beliebtheit erfreut. In Westdeutschland werden die politischen Texte, deren Melodien ja bekannt sind, bei Demonstrationen und Betriebsveranstaltungen von Arbeitern und Arbeiterinnen, bei den Zusammenkünften der FDJ gesungen. In der Deutschen Demokratischen Republik werden die Sendungen von der FDJ und von Schulen bei Elternabenden oder bunten Veranstaltungen aufgeführt.

Die Nachfrage nach Liedertexten ist so groß, daß sie jetzt vervielfältigt werden sollen. Auch die volkseigenen Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik greifen bei ihren Feierabendveranstaltungen immer wieder auf die Sendung „Quergefunktes“ im Deutschlandsender zurück.

Funkversuchsschulen des Mitteldeutschen Schulfunks

In Leipzig wurde eine zwölfklassige Einheitsschule direkt mit dem dortigen Funkhaus verbunden und zur Funkversuchsschule erklärt. Ihr steht zu jeder beliebigen Zeit das gesamte Repertoire des Schulfunks zur Überspielung bereit, neue Sendungen wer-

den zuerst hier probeweise vorgeführt, und der Mitteldeutsche Rundfunk erhält dadurch laufend Berichte von Lehrern und Schülern über die Reaktion bei den jungen Hörern, Vorschläge und Anregungen. Er kann sich auch selbst stets schnell von der Wirkung seiner Arbeit überzeugen. Ein sich in der Funkversuchsschule bildender Lehrer- und Schülerbeirat soll später die Schulfunk-Programmgestaltung maßgeblich beeinflussen.

Die ersten Versuche der Zusammenarbeit haben eine Fülle oftmals rein psychologischer Fehler aufgedeckt, die bisher beim Schulfunk noch gemacht wurden. Im weiteren Verlauf der Bemühungen sollen ein allgemeine Berufsschule und eine Dorfschule in die Versuche eingegliedert werden. Als Schlüsselstein ist die Errichtung eines Funkseminars an der Pädagogischen Fakultät der Leipziger Universität geplant.

Kulturprogramm

während der Leipziger Messe

Ihrer Tradition entsprechend wird auch in diesem Jahr die Leipziger Frühjahrsmesse ihren Gästen ein großes Kulturprogramm bieten. Unter den zahlreichen bedeutenden Oper-, Theater-, Tanz- und Konzertveranstaltungen sind besonders zu erwähnen: Eine Gorki-Aufführung des sowjetischen Schauspielensembles, die Uraufführung der „Neuberin“ von Weisenborn, die Wiederaufführung einer tschechischen Volkoper „Dudelsackpfeifer“ von Weinberger, die im dritten Reich verboten war. Gastspiele des Deutschen Theaters mit den „Sonnenbrücken“ und Molières „Geizigen“, das Auftreten eines sowjetischen Musik- und Tanzensembles, des Thomanorchesters unter Prof. Ramin und des Sinfonieorchesters von Nationalpreisträger Prof. Abendroth. Die „Leipziger Kunstausstellung 1950“ sowie Ueberblicke über „Kunsthandwerk und Musikinstrumente zu beiden Zeiten“ und „Altmeißner Porzellan“ werden gezeigt.

DAS RUNDFUNK-PROGRAMM DER WOCHE

191 kHz		DEUTSCHLANDSENDER		1571 m	
Donnerstag, 2. März:	Freitag, 3. März:	Samstag, 4. März:	Sonntag, 5. März:	Montag, 6. März:	Dienstag, 7. März:
8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten	8.00 Nachrichten
12.50 Für die arbeitende Jugend	12.50 Landfunk	11.00 Nachrichten	11.10 Musik für die Hausfrau	11.10 Musik für die Hausfrau	11.10 Musik für die Hausfrau
13.00 Nachrichten	13.00 Nachrichten	11.10 Musik für die Hausfrau	9.05 Ein deutsches Städtebild	12.00 Aktuelles: Mikrofon einblend.	12.00 Aktuelles: Mikrofon einblend.
13.15 Musik zu Tisch	13.15 Musik zu Tisch	11.10 Musik für die Hausfrau	10.15 Musik und Dichtung	12.50 Funkecho der Wirtschaft	12.50 Musik zur Mittagspause
14.15 Die deutsche Wirtschaft	14.15 Jugendfürsorge in Deutschl.	12.00 Der Deutschlandreporter	11.15 Landfunk	13.00 Nachrichten	13.00 Nachrichten
14.25 Kammermusik	14.25 Kinderfunk	12.10 Musik zur Mittagspause	12.00 Sonntagskommentar	13.15 Musik zu Tisch	13.15 Musik zu Tisch
15.00 Kinderfunk	15.00 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland	13.00 Nachrichten	12.20 Mittagkonzert	14.15 Probleme d. Volksgesundheit in Deutschland	14.15 Ueber den deutschen Außenhandel
15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland	15.25 Heitere Klänge z. Unterhaltg.	13.15 Musik zu Tisch	13.00 Nachrichten	15.00 Kinderfunk	15.00 Kinderfunk
16.00 Deutsche Presseschau	16.00 Deutsche Presseschau	14.00 Aus dem deutsch. Kulturleben	13.15 Aus der Sowjetunion	15.25 Unterhaltungsmusik	15.25 Kammermusik
17.00 Nachrichten aus all. Ländern	17.10 Die literarische Umschau	14.15 Konzert	13.25 Bunte Melodien	16.00 Deutsche Presseschau	16.00 Deutsche Presseschau
17.10 Westdeutscher Frauenfunk	17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage	14.30 Gute Stimmen	14.30 Schöne Stimmen	17.00 Nachrichten aus all. Ländern	17.00 Nachrichten aus all. Ländern
17.25 Landfunk	17.35 Hörer sagen — Hörer fragen	15.00 Die Sonntagskinder	15.00 Die Sonntagskinder	17.10 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage	17.10 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage
17.35 Hörer sagen — Hörer fragen	17.50 Deutsche Außenpolitik	15.30 Aus deutschen Zeitschriften	15.30 Aus deutschen Zeitschriften	17.25 Arbeiterabend	17.25 Arbeiterabend
17.50 Deutsche Außenpolitik	18.00 Lieder und Tänze aus der Sowjetunion	15.40 Moderne Unterhaltungsmusik	15.40 Moderne Unterhaltungsmusik	17.35 Arbeiterabend	17.35 Arbeiterabend
18.00 Lieder und Tänze aus der Sowjetunion	18.25 Kulturfragen der Zeit	16.30 Zu Tee und Tanz	16.30 Zu Tee und Tanz	17.50 Von der Volksdemokratie	17.50 Von der Volksdemokratie
18.25 Kulturfragen der Zeit	18.40 Aus Deutschland rechts d. Elbe	17.30 Vom Aufbau einer Woche in Deutschland	17.30 Vom Aufbau einer Woche in Deutschland	18.40 Aus Deutschl. rechts d. Elbe	18.40 Aus Deutschl. rechts d. Elbe
18.40 Aus Deutschland rechts d. Elbe	19.03 Nachr. u. Tageskommentar	17.35 Bunter Nachmittag	17.35 Bunter Nachmittag	18.53 Nachr. u. Tageskommentar	18.53 Nachr. u. Tageskommentar
19.03 Nachr. u. Tageskommentar	19.20 Meisterwerkabend	18.40 Die Wahrheit über Amerika	18.40 Die Wahrheit über Amerika	19.20 Meisterwerkabend	19.20 Meisterwerkabend
19.20 Meisterwerkabend	19.35 Soeben erschienen	19.03 Nachrichten aus all. Ländern	19.03 Nachrichten aus all. Ländern	19.35 Soeben erschienen	19.35 Soeben erschienen
19.35 Soeben erschienen	20.30 Wir sprechen f. Westdeutschl.	19.20 Oper im Rundfunk: „Aida“	19.20 Oper im Rundfunk: „Aida“	19.50 Hörspiel	19.50 Hörspiel
20.30 Wir sprechen f. Westdeutschl.	21.25 Für die Jugend	20.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	20.00 Wir sprechen f. Westdeutschl.	20.30 Musik	20.30 Musik
21.25 Für die Jugend	22.20 Nachr. u. Tageskommentar	21.25 19 Minuten Musik	21.25 19 Minuten Musik	21.00 Nachrichten	21.00 Nachrichten
22.20 Nachr. u. Tageskommentar	22.30 Aus deutschen Ländern	21.45 Sportecho	21.45 Sportecho	21.20 Sonntagskommentar	21.20 Sonntagskommentar
22.30 Aus deutschen Ländern	22.30 Alte und neue Arbeiterlieder	22.00 Nachrichten	22.00 Nachrichten	22.00 Nachrichten	22.00 Nachrichten
22.30 Alte und neue Arbeiterlieder	22.45 Für den Arbeiterfunktionär	22.20 Nachr. u. Tageskommentar	22.20 Nachr. u. Tageskommentar	22.20 Nachr. u. Tageskommentar	22.20 Nachr. u. Tageskommentar
22.45 Für den Arbeiterfunktionär		22.20 Musikalisches Kabarett	22.20 Musikalisches Kabarett	22.30 Aus modernen Operetten	22.30 Aus modernen Operetten
				23.15 Vom deutschen Theater	23.15 Vom deutschen Theater
785 kHz		RADIO LEIPZIG		382,2 m	
7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten	7.00 Nachrichten
8.05 Schulfunk	8.05 Schulfunk	8.05 Schulfunk	8.05 Schulfunk	8.05 Schulfunk	8.05 Schulfunk
9.15 Kunterbunt am Vormittag	9.15 Kunterbunt am Vormittag	9.15 Kunterbunt am Vormittag	9.15 Kunterbunt am Vormittag	9.15 Kunterbunt am Vormittag	9.15 Kunterbunt am Vormittag
9.30 Nachrichten	9.30 Nachrichten	9.30 Nachrichten	9.30 Nachrichten	9.30 Nachrichten	9.30 Nachrichten
11.00 Nachrichten	11.00 Nachrichten	11.00 Nachrichten	11.00 Nachrichten	11.00 Nachrichten	11.00 Nachrichten
11.20 Musik	11.20 Musik	11.20 Musik	11.20 Musik	11.20 Musik	11.20 Musik
12.00 Nachrichten	12.00 Nachrichten	12.00 Nachrichten	12.00 Nachrichten	12.00 Nachrichten	12.00 Nachrichten
12.15 Landfunk	12.15 Landfunk	12.15 Landfunk	12.15 Landfunk	12.15 Landfunk	12.15 Landfunk
12.25 Musik zum Mittag	12.25 Musik zum Mittag	12.25 Musik zum Mittag	12.25 Musik zum Mittag	12.25 Musik zum Mittag	12.25 Musik zum Mittag
12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft	12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft	12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft	12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft	12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft	12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft
13.30 Musik nach Tisch	13.30 Musik nach Tisch	13.30 Musik nach Tisch	13.30 Musik nach Tisch	13.30 Musik nach Tisch	13.30 Musik nach Tisch
15.00 Kammermusik	15.00 Kammermusik	15.00 Kammermusik	15.00 Kammermusik	15.00 Kammermusik	15.00 Kammermusik
15.20 Kinderfunk	15.20 Kinderfunk	15.20 Kinderfunk	15.20 Kinderfunk	15.20 Kinderfunk	15.20 Kinderfunk
15.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen	15.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen	15.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen	15.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen	15.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen	15.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen
16.30 Nachrichten, Kommentar	16.30 Nachrichten, Kommentar	16.30 Nachrichten, Kommentar	16.30 Nachrichten, Kommentar	16.30 Nachrichten, Kommentar	16.30 Nachrichten, Kommentar
20.00 Bunter Unterhaltungsprogramm	20.00 Bunter Unterhaltungsprogramm	20.00 Bunter Unterhaltungsprogramm	20.00 Bunter Unterhaltungsprogramm	20.00 Bunter Unterhaltungsprogramm	20.00 Bunter Unterhaltungsprogramm
21.00 Jugendfunk: Söldner ohne Sold, Hörspiel	21.00 Jugendfunk: Söldner ohne Sold, Hörspiel	21.00 Jugendfunk: Söldner ohne Sold, Hörspiel	21.00 Jugendfunk: Söldner ohne Sold, Hörspiel	21.00 Jugendfunk: Söldner ohne Sold, Hörspiel	21.00 Jugendfunk: Söldner ohne Sold, Hörspiel
21.30 Beethoven-Musik	21.30 Beethoven-Musik	21.30 Beethoven-Musik	21.30 Beethoven-Musik	21.30 Beethoven-Musik	21.30 Beethoven-Musik
22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland
22.45 Unterhaltungs-Orchester Leipzig	22.45 Unterhaltungs-Orchester Leipzig	22.45 Unterhaltungs-Orchester Leipzig	22.45 Unterhaltungs-Orchester Leipzig	22.45 Unterhaltungs-Orchester Leipzig	22.45 Unterhaltungs-Orchester Leipzig
827,4 kHz		SÜDWESTFUNK		362,6 m	
12.20 Mittagkonzert	12.20 Mittagkonzert	12.20 Mittagkonzert	12.20 Mittagkonzert	12.20 Mittagkonzert	12.20 Mittagkonzert
13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch	13.15 Musik nach Tisch
15.15 Nachmittagskonzert	15.15 Nachmittagskonzert	15.15 Nachmittagskonzert	15.15 Nachmittagskonzert	15.15 Nachmittagskonzert	15.15 Nachmittagskonzert
17.15 Walzer v. Joh. Strauß	17.15 Walzer v. Joh. Strauß	17.15 Walzer v. Joh. Strauß	17.15 Walzer v. Joh. Strauß	17.15 Walzer v. Joh. Strauß	17.15 Walzer v. Joh. Strauß
20.00 Ein Tanzabend im SWF	20.00 Ein Tanzabend im SWF	20.00 Ein Tanzabend im SWF	20.00 Ein Tanzabend im SWF	20.00 Ein Tanzabend im SWF	20.00 Ein Tanzabend im SWF
20.30 Werke von Paul Hindemith	20.30 Werke von Paul Hindemith	20.30 Werke von Paul Hindemith	20.30 Werke von Paul Hindemith	20.30 Werke von Paul Hindemith	20.30 Werke von Paul Hindemith